

RALF THOMAS GÖLLNER, MÜNCHEN

## **Die Euroregion Donau–Kreisch–Marosch–Theiß Grenzüberschreitende Netzwerke als regionalpolitische Entwicklungsstrategie im europäischen Kontext\***

*Zum Begriff der Region*

Der in zahlreichen wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten thematisierte Topos *Region* sowie der Regionalismus-Gedanke erlebt nicht erst seit der Osterweiterung der Europäischen Union eine »wahre Renaissance«.<sup>1</sup> Das Schlagwort *Europa der Regionen* entstand vor gut zwanzig Jahren als Antwort auf Dezentralisierungsprozesse in den europäischen Staaten und löste de Gaulles *Europa der Vaterländer* ab.<sup>2</sup> Die Bedeutung des Regionalen – als Analyseebene und als gesellschaftlich-politischer Akteur, oft angesiedelt zwischen dem Kommunalen und dem Nationalen – stieg seitdem sowohl für die Forschung als auch für die Politik. Globalisierung und Entgrenzung der Märkte setzt nun diese Regionen einem interregionalen und globalen Konkurrenzdruck aus, wobei Entfernungen immer weniger eine Rolle spielen, sondern vielmehr Infrastruktur, Lohnkosten, Verfügbarkeit von ausgebildeten Arbeitskräften und dergleichen mehr wichtige werden. Zudem zeigt sich, dass die sozialen und ökologischen Globalisierungskosten vornehmlich auf regionaler Ebene Probleme schaffen und somit auch dort zu lösen sind. Die Region hat damit eine starke Aufwertung und auch Förderung durch die nationale und supranationale Ebene erfahren.

Trotz fast inflationärer Verwendung des Begriffs *Region* steht jede Untersuchung regionaler Konzepte sowie regionaler Kooperationen zunächst vor dem Dilemma einer fehlenden einheitlichen Definition des Untersuchungsgegenstandes. »Die Begriffsweite sogenannter Regionen in Europa umfasst gegenwärtig ein breites Angebot erstaunlich unterschiedlicher Phänomene. Wir nennen das Baltische Meer genau so eine Region, wie Bremen, Brüssel oder die Baranya.«<sup>3</sup> Unter Umständen spricht aber »nichts zugunsten einer einheitlichen Regionsdefinition«,<sup>4</sup> es kommt vielmehr auf Intentionen und Wahrnehmungen der Akteure selbst und der Analysierenden an. Klar scheint, dass es sich bei einer Region um ein räumlich zusammenhängendes Gebiet handelt, welches im Vergleich zum Gesamtbild

---

\* Vorliegender Beitrag basiert auf einem Forschungsprojekt, das der Verfasser unter Mitarbeit von Dieter Jäckel, M. A., an der Hochschule für Politik München im Jahr 2006 durchgeführt hat.

<sup>1</sup> Förster: Transformation, 87.

<sup>2</sup> Mäding 5.

<sup>3</sup> Schmitt-Egner 179.

<sup>4</sup> Mäding 7.

als klein wahrgenommen wird und einige Homogenitäten aufweist. Sie ist also »eine räumliche Teileinheit mittlerer Größe und vermittelndem Charakter, dessen materielle Basis auf einem Territorium aufbaut.«<sup>5</sup> Aus Sicht des Weltmarktes ist somit die gesamte Europäische Union ein regionaler Akteur, und in der EU selbst sind einzelne oder mehrere Mitgliedsstaaten als eigene Region aufzufassen. Dem in der vorliegenden Untersuchung relevanten Regionsbegriff liegt jedoch die subnationale Komponente zugrunde und sieht Regionen als »weitere Ebene zwischen dem lokalen und nationalen Bereich.«<sup>6</sup>

### *Regionstypen und Regionsdefinition*

Regionen als Handlungseinheiten und als Handlungsort implizieren eine Trennung nach horizontalen und vertikalen Handlungszusammenhängen. Zur ersten Gruppe gehören administrative Regionen innerhalb von Nationalstaaten mit unterschiedlich langen Traditionen, die oft homogen erscheinen. Sie stimmen aber nicht zwangsläufig mit historisch gewachsenen Strukturen oder Wirtschaftsräumen überein, sondern sind als politische Akteure zu verstehen, die über unterschiedliche, dominierende Eliten verfügen. Identitätsbestimmte Regionen mit kulturellen und politischen Akteuren sowie strukturelle Regionen mit ökonomischen Akteuren gehören ebenfalls zur horizontalen Handlungsebene wie auch die Verwaltungsregionen, die zum Beispiel von Verbänden gebildet werden, sowie eine Vielzahl von statistischen-analytischen Einteilungen, die »teilweise kunstvoll nach Homogenitäts- und Verflechtungsprinzipien«<sup>7</sup> geformt werden. Dabei treten Divergenzen in der Grenzziehung fast zwangsläufig auf: Eine Raumordnungsregion muss nicht mit den staatlich-administrativen Grenzen zusammenfallen. Ist die Handlungsebene dann international oder transnational, so steht sie in einem vertikalen Handlungszusammenhang.<sup>8</sup>

Zum besseren Verständnis der Komplexität schlug Romus 1964 Klassifizierungskriterien für Regionen vor,<sup>9</sup> die bis heute »eine gewisse Allgemeingültigkeit«<sup>10</sup> besitzen: Eine *homogene Region* ist demnach in bezug auf ein Merkmal oder mehrere Kennzeichen gleichartig strukturiert. Homogene Regionen sind oft geographisch natürlich eingegrenzt, haben eine hohe ethnische Homogenität und gewachsene Traditionen. Eine Planregion hingegen wird durch ein Förderprogramm bestimmt, also durch eine Zentralinstanz projektbezogen für die Raumentwicklung ins Leben gerufen. Pola-

---

<sup>5</sup> Schmitt-Egner 181.

<sup>6</sup> Fischer 66.

<sup>7</sup> Mäding 7.

<sup>8</sup> Vgl. Schmitt-Egner 184-186.

<sup>9</sup> Romus 234-239.

<sup>10</sup> Fischer 67.

risierte Regionen sind nach dem Funktionalprinzip aufgebaut und definieren sich durch die Beziehungsgeflechte innerhalb des Gebietes, meist mit einem geographischen Zentrum, in dem sich die Interdependenzen bündeln.

Diese heterogene Typologie macht einfache Grenzziehungen auf der Landkarte unmöglich und lässt vielmehr an »eine quasi dreidimensionale, komplexe ›Architektur der Räume‹ denken«. <sup>11</sup> Darin zeigt sich das grundlegende Dilemma der Regionalforschung, denn die verlässlichste Empirie bieten die Verwaltungsregionen der Nationen, die aber oft nicht mit den realen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen in Einklang zu bringen sind. Die EU behilft sich mit der künstlichen Einteilung in Regionen auf verschiedenen Ebenen: 2003 wurde die sogenannte NUTS-Klassifikation zur Vereinheitlichung der europäischen Regionalstatistik verordnet, die einen rein administrativ-normativen Ansatz verfolgt, jeden Mitgliedstaat in drei ineinander verschachtelte Gebietseinheiten einteilt und die bestehenden Verwaltungsregionen den jeweiligen Ebenen zuordnet. <sup>12</sup>

Das regionale Netz als weiterer Regionstyp orientiert sich nicht an geographisch-administrativen Grenzen, sondern versteht sich als ein Akteursnetzwerk. Entscheidend hierbei sind die Anzahl und die Konsensbereitschaft der beteiligten Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Sie werden verbunden durch gemeinsame Problemlagen und Zielvorstellungen bezüglich ihres Raumes, wobei der Staat oft nicht mehr als hierarchisch übergeordnet, sondern als gleichberechtigter Verhandlungspartner wahrgenommen wird. Im Mittelpunkt steht das Spannungsfeld zwischen den Kategorien *Kooperation* und *Koordination*: Kooperation als materieller Interessenabgleich, bei dem die Akteure zusammenwirken, um gemeinsame Ziele zu erreichen, und Koordination als Informationsaustausch zur wechselseitigen Anpassung von Handlungen, um dauerhafte Kooperation zu gewährleisten. Hierbei stehen die Interessen der Akteure im Vordergrund, die Region wird als Netz wahrgenommen, durch das sich für alle Beteiligten eine *win-win*-Situation ergibt. Diesen regionalen Netzwerken werden sechs Hauptfunktionen zugeschrieben: 1. Kommunikations-, 2. Integrations-, 3. Kooperations-, 4. Steuerungs-, 5. Produktions- und 6. Innovationsfunktion. <sup>13</sup> Interessant ist hier die Innovationsfunktion, denn sie postuliert, dass die beteiligten Akteure langfristig voneinander lernen, gemeinsame Standpunkte entwickeln und »gegenseitiges Vertrauen stabilisieren«. <sup>14</sup> Dabei hängen die Regionsgrenzen von der Wahrnehmung der Akteure ab. So können die eigentlichen Grenzen der Region »quasi ex post« <sup>15</sup> entstehen, wenn sich die Region als reines Akteursnetz bildet.

---

<sup>11</sup> Mäding 8.

<sup>12</sup> EG Nr. 1059/2003.

<sup>13</sup> Beck 54.

<sup>14</sup> Ebenda, 55.

<sup>15</sup> Mäding 8.

*Transnationale regionale Zusammenarbeit*

Stehen Akteursnetze und nicht mehr vordefinierte Grenzen im Vordergrund, ist die Etablierung der vertikalen Handlungsräume auf Basis der gegebenen horizontalen einfacher, und es entstehen über Staatsgrenzen hinweg regionale Verbände wie Euroregionen. Diese vereinen im Idealfall administrativ ein Akteursnetz oder verknüpfen einzelne Akteursnetze logisch miteinander und begründen durch eine Verbindung administrativer oder struktureller Regionen eine vertikal orientierte grenzüberschreitende Region mit horizontalen und vertikalen Elementen. Die Aufgabe ist wesentlich komplexer, denn zusätzlich zu den Mechanismen der *neuen* Region müssen in solch transnationalen Kooperationen auch die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Strukturen berücksichtigt werden. Der Etablierung einer institutionalisierten, transnationalen und regionalen Kooperation geht zwar in den meisten Fällen der Impuls von regionalen Akteuren voraus, doch treffen hier auch nationale Interessen aufeinander, die ebenso berücksichtigt werden wollen wie die europäische, also supranationale Perspektive. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat normalerweise keine nationale Priorität und ist daher »vor allem eine europäische Aufgabe und politisches Ziel der EU«,<sup>16</sup>

Diese grenzübergreifende Zusammenarbeit erlebte aus endogenen und exogenen Gründen seit Mitte der 1980er Jahre ebenso einen Boom, wie der neue Regionalismus.<sup>17</sup> Dies lag einerseits daran, dass im Zuge der Globalisierung die transnationalen Aktivitäten zunahmen, und andererseits die Staaten durch die europäische Integration Souveränität nicht nur an die supranationale Ebene, sondern auch an die subnationale abgaben.<sup>18</sup> Mit dem Bedeutungswandel der Grenzen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre änderte sich auch die Grundlage für die transnationale Zusammenarbeit. Mit dem einheitlichen Binnenmarkt erfuhren die Grenzen einen Perzeptionswechsel vom politischen hin zum ökonomischen Hindernis, »die als Barriere bei der Vervollständigung eines europäischen Marktes empfunden wurden«. <sup>19</sup> Nicht zuletzt unter dem Primat des Binnenmarktes entwickelte sich eine differenzierte Regionalpolitik, die der Zusammenarbeit in Grenzräumen höhere Bedeutung beimaß. Die Europäische Kommission betrachtete die Regionen fortan als Motor der grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Während sie sich anfangs auf Westeuropa beschränkte, kam es infolge der Annäherung der osteuropäischen Staaten in den 1990er Jahren zu einem eindrucksvollen Anwachsen dieser Kooperationsform. Während es 1993 in Europa 65 transna-

---

<sup>16</sup> Gabbe.

<sup>17</sup> Vgl. Hettne 326-328.

<sup>18</sup> Vgl. Perkmann – Sum 4.

<sup>19</sup> O'Dowd 20.

tionale Regional Kooperationen gab, waren es 1996 schon 116. Dezentralisierungsbestrebungen, die fortschreitende europäische Integration und die Globalisierung sorgten somit für eine Zunahme und weitere Institutionalisierung grenzübergreifender Zusammenarbeit.

### *Euroregionen als transnationale Netzwerke regionaler Kooperation*

In den Kontext der grenzüberschreitenden Kooperationen gehören auch die sogenannten Euroregionen, die als regionale transnationale Zusammenschlüsse mehr oder weniger institutionalisiert sind.<sup>20</sup> Typischerweise sind daran Körperschaften aus zwei oder mehr Staaten beteiligt, die einen Grenzraum bilden, der etwa zwei Millionen Einwohner und einen Durchmesser von etwa 50 bis 100 Kilometer aufweist. In den 1950er Jahren entwickelten sich am Oberrhein die ersten grenzüberschreitenden Kooperationsansätze; die erste Euroregion wurde 1958 unter dem Namen EUREGIO im Grenzgebiet der Niederlande und Deutschlands gegründet.<sup>21</sup> Kooperationen nach diesem Modell wurden auch in anderen Gebieten der EG beziehungsweise EU gegründet, wobei die EUREGIO nicht nur als Muster, sondern auch als Namensgeber der heutigen Gattung *Euroregion* anzusehen ist. Im Mittelpunkt steht die Relativierung oder Überwindung der trennenden Staatsgrenzen und der Wunsch nach einer dauerhaften Friedenssicherung, Verbesserung des Lebensstandards und einem Abbau von Barrieren in historisch oft recht homogenen Räumen.<sup>22</sup>

Euroregionen sind meist nach privatem Recht organisiert, bestehen aus Vereinen oder Stiftungen als Dachorganisation oder sind durch bi- oder multilaterale Staatsverträge begründet. Die Strukturen einer Euroregion sind nicht eindeutig festgelegt; meist existiert ein koordinierendes zentrales Sekretariat, oft eine parlamentarische Versammlung, die sich aus Vertretern der einzelnen beteiligten administrativen Einheiten zusammensetzt. Als »Drehscheibe und Kristallisationspunkt für alle grenzübergreifenden Beziehungen«<sup>23</sup> streben Euroregionen eine sehr umfassende Kooperation an, die im Idealfall alle Teile der regionalen Gesellschaften einbezieht. Die Initiative geht meist von regionalen Akteuren aus, die sich auf eine Eingrenzung der Kooperationsinhalte entsprechend gemeinsamer Interessen einigen und in Zusammenarbeit mit der nationalen und europäischen Ebene eine Regionalplanung und Projektideen erarbeiten. Diese werden dann klassischerweise aus EU-Mitteln – wie INTERREG oder PHARE – gefördert.

Euroregionen verwirklichen eine zweidimensionale Kooperation: Vertikal, indem sie die verschiedenen politischen Ebenen einbeziehen, und

---

<sup>20</sup> Vgl. *Perkmann* 104.

<sup>21</sup> Zur EUREGIO *Breuer; Schack*.

<sup>22</sup> Vgl. *Praktisches Handbuch zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit* 5.

<sup>23</sup> *Gabbe* 5.

horizontal, indem sie dies grenzübergreifend koordinieren. Es müssen möglichst alle sozialen Akteure zur Kooperation motiviert werden, wobei »grenzübergreifende Partnerschaft das schwierigste überhaupt«<sup>24</sup> ist. Euroregionen fungieren idealerweise als Mediatoren, die regionale Potentiale freisetzen, bündeln und dafür Unterstützung vor allem von der EU einwerben können. Im Gegenzug sind sie dazu prädestiniert, die Idee der europäischen Integration bürgernah umzusetzen. Selbstdarstellungen verdeutlichen diesen Ansatz als Dach für ein transnationales Akteursnetzwerk. So definiert sich die Euroregion RegioTriRhena »als eine kommunalpolitisch geprägte trinationale Kooperationsplattform am südlichen Oberrhein«,<sup>25</sup> die Euregio Rhein-Waal sieht ihren Schwerpunkt bei der »Realisierung und Förderung von Zusammenarbeit im Deutsch-Niederländischen Grenzgebiet«,<sup>26</sup> die Euregio Bayerischer Wald – Böhmer Wald – Unterer Inn bezeichnet sich als »Drehscheibe der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit«.<sup>27</sup>

Neben dem Netzwerkansatz macht die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) noch drei andere Organisationslogiken bei Euroregionen aus,<sup>28</sup> die in unterschiedlicher Gewichtung in jeder Euroregion koexistieren: Die *Projektlogik* ist neben dem Netzwerkansatz die wichtigste, denn sie beschreibt die Durchführung konkret geplanter Einzelaktivitäten. Netzwerk und Projektlogik »ermöglichen konkrete und konkret sichtbare Aktivitäten bei vergleichsweise geringem Risiko«.<sup>29</sup> Von den beteiligten Parteien muss dabei nur in geringem Maße Souveränität abgegeben werden, die notwendige Koordination ist zweitrangig (Netzwerkansatz) oder eng beschränkt (Projektlogik). Für ein langfristiges Funktionieren, und um eine Zersplitterung der Aktivitäten zu verhindern, müssen die politischen Entscheidungsträger mit eingebunden und eine institutionelle Ordnung hergestellt werden (Politik- und Ordnungslogik). »Die Kunst der Organisationsentwicklung in Europaregionen scheint darin zu liegen, die [...] passende Mischung dieser Logiken zu finden.«<sup>30</sup>

Die Bedeutung der supranationalen Ebene ist ebenso hervorzuheben,<sup>31</sup> denn das Konzept der Euroregion ist mittlerweile das Standardverfahren zur Etablierung grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Europa. Euroregionen sind jedoch »technokratische Einheiten«,<sup>32</sup> in denen sich nur schwerlich echte und vor allem neue Strukturen der regionalen Selbstverwaltung bilden. Diese Entwicklung wird in der vorliegenden Untersu-

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> [http://www.regiotrirhena.org/dn\\_verein\\_regiotrirhena/](http://www.regiotrirhena.org/dn_verein_regiotrirhena/) (29. Juli 2008).

<sup>26</sup> <http://www.euregio.org> (29. Juli 2008).

<sup>27</sup> <http://www.euregio-bayern.de/> (29. Juli 2008).

<sup>28</sup> „Europaregionen“ III-de.

<sup>29</sup> Ebenda, IV-de.

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> Vgl. Perkmann 108-110.

<sup>32</sup> Ebenda, 108.

chung anhand der Euroregion Donau-Kreisch-Marosch-Theiß<sup>33</sup> (DKMT) detailliert aufgezeigt. In all diesen Prozessen spielt die EU eine entscheidende Rolle, da sie Fördergelder nach bestimmten Kriterien vergibt und die Euroregionen als Teil der eigenen Regionalpolitik perzipiert. Euroregionen sind somit niemals rein regionale Kooperationsplattformen, sondern stehen unter maßgeblichem Einfluss der supranationalen und nationalen Ebene. Sie sind auf strukturelle und vor allem finanzielle Unterstützung nationaler und supranationaler Organe angewiesen, so dass die EU-Regionalpolitik von zentraler Bedeutung für ihre Entstehung und Entwicklung ist. Diese stellt die entscheidenden Rahmenbedingungen, in denen sich Euroregionen wie die DKMT als Netzwerke regionaler und transnationaler Zusammenarbeit betätigen. Der wichtigste Aspekt ist dabei die Überwindung regionaler Disparitäten insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Arbeitsmarkt und Wirtschaftsentwicklung. Dem trägt auch die Präambel der Römischen Verträge von 1957 Rechnung, die als Ziel der europäischen Integration formuliert, »die Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen den einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern«. <sup>34</sup> Doch erst zur Mitte der 1970er Jahre wurden erste konkrete Schritte unternommen, denn die Existenz regionaler Disparitäten reichte nicht aus, die politischen Akteure zum Handeln zu bewegen. Entscheidend war die Erweiterung der EG um Großbritannien und Irland, die neue und größere regionale Unterschiede in die Gemeinschaft einbrachten. Großbritannien machte seinen Beitritt sogar von der Schaffung eines Regionalfonds abhängig, <sup>35</sup> was 1975 zur Gründung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) führte. Seitdem spielt die Regionalpolitik eine wichtige Rolle für die Strukturförderung in kleineren Räumen, wobei unterschiedliche Ziele verfolgt werden, die miteinander sogar in Konkurrenz treten können. <sup>36</sup> Neben wirtschaftlichen Aspekten sollen in den Regionen Leistungsfähigkeit und Effizienz erhöht, aber auch die Stabilität im nationalen und europäischen Maßstab gestützt werden. Angestrebt wird auch eine gerechte Verteilung von Wohlstand und die Sicherstellung des Umweltschutzes auf regionaler Ebene – Ziele, die sich auch bei der Konzipierung der DKMT wiederfinden.

Zur Umsetzung dieser Förderungsziele entstanden Instrumentarien und Gremien der Regionalpolitik, die zugleich die Rahmenbedingung für Euroregionen bilden. Der EFRE verfolgte im Zeitraum 2000-2006 drei vorrangige Ziele: 1. »Förderung der Entwicklung und der strukturellen An-

---

<sup>33</sup> Rumänisch: Cooperarea Regională Dunăre-Criș-Mureș-Tisa; Serbisch: Regionalna Saradnja Dunav-Kireš-Maroš-Tisa; Ungarisch: Duna-Körös-Maros-Tisza Regionális Együttműködés.

<sup>34</sup> EG 2002/C 325, 39.

<sup>35</sup> Bursig 118.

<sup>36</sup> Vgl. Fischer 76-77.

passung der Regionen mit Entwicklungsrückstand«, 2. »Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen« und 3. »Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme in den nicht unter Ziel 1 fallenden Regionen«. <sup>37</sup> Der EFRE war dabei für die ersten beiden Ziele das Finanzierungsinstrument, mit dem die grenzübergreifende und interregionale Zusammenarbeit gefördert wurde.

Ein weiteres wichtiges Förderinstrument auf europäischer Ebene ist die Gemeinschaftsinitiative INTERREG, die 1990 entwickelt wurde, nachdem die Probleme der Grenzregionen im „Dritten periodischen Bericht der Kommission über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft“ von der Kommission dargestellt und von der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) erläutert worden waren. INTERREG stärkt die innergemeinschaftlichen Grenzregionen und unterstützt grenzüberschreitende Kooperationen in Regionen, die der Gemeinschaft angrenzen. »Das INTERREG-Programm stellte insofern ein Novum dar, als die Kommission die Mitgliedstaaten zur Ausarbeitung einzelner Programme aufforderte, die Gebietskörperschaften auf beiden Seiten der Grenze betreffen.« <sup>38</sup> Der Programmcharakter der Förderungen erfordert aktive und kooperationswillige Regionen, die gemeinsame Programmplanungen vorlegen, wobei *bottom-up*-Konzepte <sup>39</sup> bevorzugt bezuschusst wurden und somit für Euroregionen wie der DKMT die wichtigste Förderquelle waren. Finanziert wurden die INTERREG-Programme durch den EFRE und befanden sich zum Untersuchungszeitpunkt in der dritten, im Jahr 2000 begonnenen Phase. INTERREG III <sup>40</sup> zielte darauf ab, »durch die Förderung von grenzübergreifender, transnationaler und interregionaler Zusammenarbeit sowie einer ausgewogenen Entwicklung des gemeinschaftlichen Raumes den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft zu stärken. Im Mittelpunkt der Initiative stehen daher Maßnahmen, die die Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten bzw. zwischen der Gemeinschaft und Drittländern sowie die Gebiete an diesen Grenzen betreffen. Besonderes Augenmerk gilt dabei: den Außengrenzen der Gemeinschaft, insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung; der Zusammenarbeit der Gebiete in äußerster Randlage«. <sup>41</sup> Somit wurde es zu einem der wichtigsten Förderinstrumente für Euroregionen wie die DKMT.

Das PHARE-Programm <sup>42</sup> gehörte auch zu den wichtigsten Förderprogrammen für die ostmittel- und südosteuropäischen Staaten. 1990 erweitert, sollte es »Wirtschaftshilfe für bestimmte Länder in Mittel- und Osteu-

<sup>37</sup> <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/g24203.htm> (29. Juli 2008).

<sup>38</sup> Breuer 70.

<sup>39</sup> Siehe hierzu weiter unten.

<sup>40</sup> EG 2000/C 143/08, 6-29.

<sup>41</sup> Ebenda, 7.

<sup>42</sup> Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies (EWG Nr. 3906/89).



ropa«<sup>43</sup> leisten und wurde zum Hauptfinanzierungsinstrument der Heranführungsstrategie der EG/EU gegenüber den Beitrittskandidaten des Raumes. Auch dieses Finanzierungskonzept basierte auf Zuschüssen im Rahmen mehrjähriger Programmplanungen und wurde dezentral umgesetzt. Zwei Bereichen kam eine besondere Bedeutung zu: Einerseits sollte die PHARE-Förderung den Behörden der Beitrittsländer die Übernahme des *acquis communautaire* ermöglichen, andererseits Investitionshilfen besonders für Infrastrukturmaßnahmen und Umweltschutz zur Verfügung stellen. Mit Abschluss der ersten Osterweiterungsrunde wurde PHARE in den Beitrittsländern beendet,<sup>44</sup> und die Förderung kam den neuen Beitrittskandidaten zugute. Das ehemalige Jugoslawien, die Türkei,<sup>45</sup> Rumänien und Bulgarien blieben bis Ende 2006 in der Förderung.

In der PHARE-Förderung wurde aber deutlich, dass eine bessere Mitwirkung lokaler und regionaler Akteure zur Intensivierung des Integrationsprozesses nötig ist. 1994 wurde mit PHARE-CBC eine grenzüberschreitende Komponente in den PHARE-Prozess implementiert, die sich auf die der EG angrenzenden Beitrittsstaaten bezog.<sup>46</sup> Damit waren Rumänien und Teile des ehemaligen Jugoslawien von PHARE-CBC ausgenommen, was sich für die mittelfristige Heranführungsstrategie der EU als nachteilig erwies. In Anbetracht dieser Tatsache und vor dem Hintergrund des Koordinationsbedarfs mit den INTERREG-Programmen wurde am 18. November 1998 eine Verordnung zu PHARE-CBC verabschiedet, die das erste Programm ersetzte und mehr grenzüberschreitende Projekte in einem größeren Raum vorsah.<sup>47</sup> Nun kamen »alle Grenzregionen zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern und den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sowie zwischen den folgenden Bewerberstaaten in Betracht: Bulgarien, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei und Slowenien«. <sup>48</sup> Damit erhielt PHARE-CBC eine entscheidende Bedeutung für die Euroregion DKMT. Mit einer weiteren Änderung dieser Verordnung vom 16. Oktober 2003 wurde die Förderung auf »Grenzregionen zwischen a) Rumänien und Ungarn, Rumänien und Bulgarien, Rumänien und der Ukraine, Rumänien und der Republik Moldau sowie zwischen Rumänien und Serbien und Montenegro«<sup>49</sup> ausgedehnt, wodurch das gesamte Gebiet der DKMT durch die PHARE-CBC-Förderung abgedeckt wurde. Ziele dieser Maßnahmen waren: »i) Förderung der Zusammenarbeit der Grenzregionen in den Ländern in Mittel- und Osteuropa mit angrenzenden Regionen der Nachbarstaaten im Sinne

---

<sup>43</sup> EWG Nr. 2698/90.

<sup>44</sup> EG C(2002) 3303-1.

<sup>45</sup> EG Nr. 2500/2001.

<sup>46</sup> EG Nr. 1628/94. Siehe auch *Illés* 289-302.

<sup>47</sup> EG Nr. 2760/98.

<sup>48</sup> Ebenda, Art. 2, Abs. 1.

<sup>49</sup> EG Nr. 1822/2003.

des Artikels 1, um diese Grenzregionen der mittel- und osteuropäischen Länder dabei zu unterstützen, ihre unter anderem auf die Stellung in den jeweiligen Volkswirtschaften zurückzuführenden Entwicklungsprobleme im Interesse der lokalen Bevölkerung und in umweltverträglicher Weise zu überwinden; ii) Förderung der Schaffung und Weiterentwicklung von Kooperationsnetzen beiderseits der Grenzen und des Verbunds dieser Netze mit großräumigen Netzen in der EU.«<sup>50</sup>

Ein weiteres wichtiges Förderinstrument für die euroregionale Kooperation war der am 10. Juni 1999 auf Initiative der EU gegründete Stabilitätspakt für Südosteuropa, der sich als umfassende Konfliktpräventionsstrategie für den Raum verstand. Der von über 50 Staaten und Organisationen getragene Pakt unterstützt hier finanziell Projekte und umfasst alle drei Staaten der DKMT. Der Pakt war ein Ergebnis der Erkenntnis, dass »zu den Erfolgsbedingungen präventiver Politik ein regionalpolitischer Ansatz gehört, der auch über den engeren Krisenraum hinaus ein stabiles Umfeld schafft [...]. Der Stabilitätspakt intendiert deshalb, allen Gesellschaften in der Region eine konstruktive politische und sozialökonomische Perspektive zu öffnen und durch Förderung der regionalen Zusammenarbeit destabilisierenden Entwicklungen entgegenzuwirken.«<sup>51</sup> Dabei wurden auch regionale *bottom-up*-Kooperationen gefördert.

Solche finanzielle Programme sind zwar unerlässlich zur Förderung regionaler Kooperationen, aber die gesamteuropäische Regionalstrategie baut nicht nur auf finanziellen Konzepten auf. Eine institutionelle Verbindung regionaler Zusammenschlüsse ist ebenfalls nötig, um Lernprozesse sowie den Informations- und Erfahrungsaustausch zu gewährleisten. Hierfür bietet der gesamteuropäische Kontext – nicht nur derjenige der EU – eine Auswahl institutioneller Ansätze zur Förderung und Unterstützung solcher Formen der Zusammenarbeit. Innerhalb der EU ist hierbei vor allem der 1994 im Rahmen des Vertrags von Maastricht etablierte Ausschuss der Regionen (AdR) hervorzuheben. In ihm sind die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften vertreten und bieten der euroregionalen Zusammenarbeit indirekt Zugang zur europäischen Politik. Somit ist der AdR nur indirekt bedeutsam für die Euroregion DKMT. Wichtiger ist die 1971 gegründete AGEG, die eng mit dem Europarat zusammenarbeitet. Sie ist ein »horizontales Kommunikationsinstrument zwischen den Regionen einerseits und eine vertikale Lobby-Agentur gegenüber den Europäischen Institutionen andererseits.«<sup>52</sup> AGEG und Europäische Kommission arbeiten seit 1990 aktiv im Projekt LACE (*Linkage, Assistance and Cooperation for the European Border Regions*) zusammen und stellen Informationen sowie beratende Hilfe für europäische Grenzregionen zu Verfügung.<sup>53</sup> Hierfür

<sup>50</sup> EG Nr. 2760/98, Art. 3.

<sup>51</sup> *Calic* 9. Zum Stabilitätspakt auch *Five Years of Stability Pact*.

<sup>52</sup> *Breuer* 87.

<sup>53</sup> *Praktisches Handbuch zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit*.

hatte die AGEK die Aufgaben, Programme und Projekte durchzuführen, finanzielle Mittel zu beantragen, entgegenzunehmen und darüber zu verfügen. Außerdem führte sie Veranstaltungen zu grenzüberschreitenden Problemen durch, wirkte bei der Lösung grenzüberschreitender Probleme mit und führte im Rahmen der Netzwerke gemeinsame Aktionen durch. Schließlich informierte sie Politik und Öffentlichkeit in Europa über grenzüberschreitende Fragen. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen AGEK und Europäischer Kommission gelang es, die Blaupause der EUREGIO zum Referenzmodell für ganz Europa und damit für die DKMT zu machen.<sup>54</sup> Diesen Prozess begleitete die AGEK auch fachlich durch Kooperationsvorschläge und -hilfen, indem sie als eine Art Dachorganisation der Euroregionen auftrat und auf eine Vertiefung der regionalen, grenzüberschreitenden Kooperation abzielte.<sup>55</sup> Durch ihre Mitgliedschaft in der Versammlung der Regionen Europas (VRE) arbeitete sie zusammen mit den dort vertretenen europäischen Regionen – so auch den konstituierenden Verwaltungseinheiten der DKMT – an einzelnen Projekten, aber auch an der Europäischen Charta der regionalen Selbstverwaltung mit. Auch die (Europäische) Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen<sup>56</sup> der AGEK stellte ein wichtiges Dokument zur Förderung und Definition grenzüberschreitender Kooperationen dar und beeinflusste die Arbeitsbereiche vor allem jener Euroregionen, in denen Minderheiten eine zahlenmäßig relevante Bedeutung hatten.

### *Grenze und Grenzregion im Wandel*

Der Modernisierungsprozess war im östlichen Europa seit Beginn des Transformationsprozesses in den 1990er Jahren eng mit Demokratisierung sowie politisch-ökonomischer und gesellschaftlicher Restrukturierung verbunden. Dabei beschränkte sich die Transformation nicht auf die politisch-rechtliche gesamtstaatliche Ebene, sondern wurde – oftmals mit Verspätung – auch in regionale Gliederungen übertragen. Vorbilder hierfür waren die regionalen Kooperationsformen, die im westlichen Europa seit den 1950er Jahren an Bedeutung gewonnen hatten und im Kontext des europäischen Einigungsprozesses zu einer maßgeblichen Säule der bi- und multilateralen Integration geworden sind. Hierbei kam – wie auch im westlichen Europa zu Beginn der Regionalismusdebatte – der Staatsgrenze eine besondere Bedeutung zu.

---

<sup>54</sup> *Perkmann* 117.

<sup>55</sup> *The Status Quo Of Transeuropean Co-operation Between Territorial Authorities And Future Steps That Contribute to Realise A New Model of European Governance.*

<sup>56</sup> *Europäische Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen.* Siehe auch *Aktionsprogramm zur Umsetzung der Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen.*

Mit der Initiierung regionaler und grenzüberschreitender Kooperationsformen hatte die Grenze in Westeuropa allmählich ihre Schärfe als trennendes Element verloren; es verblieb der *Eiserne Vorhang* als Barriere und Ort einer möglichen militärischen Auseinandersetzung. Im östlichen Europa hingegen blieben auch die Landesgrenzen zwischen den Staaten des Warschauer Paktes bis Anfang der 1990er Jahre undurchlässig, und es gab keine Bestrebungen zur regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Grenzen trennten dauerhaft Bevölkerungen und Kontakte, Informationsflüsse und den Warenaustausch, der hauptsächlich über zentrale Außenhandelsunternehmen, Großunternehmen sowie große Industriezentren, also nicht mit benachbarten, grenzüberschreitenden Räumen abgewickelt wurde.<sup>57</sup> Da die *Grenze* als Barriere und Schutz vor dem Nachbarn verstanden wurde, entwickelten sich entlang ihrer Linie äußerst investitions- und strukturarme Räume. Die Staaten »hielten Vermögenswerte von diesen Räumen fern, hielten die Infrastruktur auf einem minimalen Entwicklungsniveau und bildeten so quasi-leere Gebiete gegenüber einer möglichen Gefahr an den Grenzen.«<sup>58</sup> Dies galt für alle Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, vor allem für Ungarn und Rumänien, die sich aus historischen Gründen<sup>59</sup> misstrauisch gegenüber standen. Aber auch das blockfreie Jugoslawien und seine beiden nördlichen Nachbarn standen sich eher feindselig gegenüber.

Mit der Auflösung der östlichen Bündnissysteme veränderten sich die Rahmenbedingungen für die Staaten, Gesellschaften und Ökonomien – ein Vorgang, zu dem der Wandel der internationalen Konstellation zusätzlich beitrug. Das Ende der bipolaren Weltordnung, die Transformation der östlichen Zentralverwaltungswirtschaften und die Demokratisierung der Gesellschaften setzten neue Potentiale frei, die sich nicht nur in den Transformationsstaaten, sondern auch auf gesamteuropäischer und globaler Ebene auswirkten. Trotz der wachsenden Zahl europäischer Staatsgrenzen nach Auflösung der Sowjetunion, Jugoslawiens und dem Zerfall der Tschechoslowakei, änderte sich allmählich die Bedeutung von Grenzen. »Die zunehmende Globalisierung von Wirtschaft und kulturellem Leben und die wachsende Dichte internationaler und supranationaler Institutionen ließ viele die abnehmende Bedeutung und sogar praktische Überflüssigkeit von Staatsgrenzen annehmen.«<sup>60</sup> Diese zunächst westliche Perzeption

---

<sup>57</sup> *Hunya – Telegdy* 14.

<sup>58</sup> *Cernicova*: Euroregion, 26.

<sup>59</sup> Ungarn musste nach dem Friedensvertrag von Trianon (4. Juni 1920) große ungarische Bevölkerungsteile und Gebiete an Rumänien abtreten und versuchte bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges diese Gebiete zumindest teilweise wieder zu erlangen. Dies schürte das rumänische Misstrauen Ungarn gegenüber, und Ungarn, das im Pariser Friedensvertrag von 1947 die gegenwärtigen Grenzen anerkannt hatte, trat vergeblich für den Schutz der ungarischen Minderheit in Rumänien ein. Dies wiederum förderte das ungarische Misstrauen gegenüber Rumänien.

<sup>60</sup> *O'Dowd* 13.

wurde vor allem zu Beginn der 1990er Jahre von der politischen Elite der Transformationsstaaten nicht geteilt. Diese wollten nach Auflösung der ihnen aufgezwungenen Bündnissysteme ihre neugewonnene Souveränität nicht durch neue Kooperationen und Integrationsformen aufweichen und setzten die politischen Schwerpunkte auf nationale Unabhängigkeit, nationale Interessen sowie die nationale Sicherheit – womit sie die Bedeutung der Staatsgrenzen betonten. Erst mit der wachsenden Intensität des europäischen Integrationsprozesses setzte sich allmählich die Erkenntnis durch, dass die angestrebte Aufnahme in die westlichen politischen, sicherheitspolitischen und ökonomischen Systeme nur durch unterschiedliche Kooperations- und Integrationsformen möglich sein wird. So wurde die regionale Kooperation als »Training für erfolgreiche Nachbarschaft und Integration«<sup>61</sup> betrachtet. Weiterhin erkannten die politisch Verantwortlichen, dass sich Bedeutung und Funktion der Staatsgrenze verändert hatte und sich nicht mehr nur aus militärisch-sicherheitspolitischer Perspektive auffassen ließ. Die Grenze eines Landes musste vielmehr in einem viel weiter gefassten Zusammenhang betrachtet und mit grenzüberschreitenden Problembereichen verbunden werden, die sich durch die geänderte regionale und internationale Konstellation neu oder in einer anderen Form stellten. Beispiele dafür waren Umweltverschmutzung, Kriminalität, Auswanderung oder auch Flüchtlings- oder Asylfragen. Diese Erkenntnis, aber auch die Forderung lokaler Politiker und Bevölkerungsteile entlang der Staatsgrenzen nach einer Regionalisierung entsprechend westeuropäischen Mustern setzten zur Mitte der 1990er Jahre einen Prozess in Gang, der zu einer Neudefinition der Grenze führte und das Element des Regionalismus sowie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in die politische Debatte und Kultur einbrachte.

Den skizzierten europäischen Initiativen zur Förderung regionaler und grenzüberschreitender Kooperationen standen fortan zahlreiche neugegründete Euroregionen gegenüber. Während des Booms in den 1990er Jahren wurden etwa 50 Euroregionen oder andere Kooperationsverbände an oder jenseits der damaligen EU-Außengrenzen gegründet – eine von ihnen war die DKMT. Sie sah sich – wie auch alle anderen *neuen* Euroregionen – besonderen Herausforderungen und Erwartungen gegenüber. Diese standen im Spannungsfeld eines »multi-level game«,<sup>62</sup> in das die regionale, nationale und supranationale Ebene gemeinsam einwirkten und die Chancen und Hindernisse der grenzüberschreitenden Kooperation beeinflussten.

---

<sup>61</sup> Neuss 159.

<sup>62</sup> Perkmann 108.

*Entstehung der Euroregion DKMT – historische Grundlagen*

Die Euroregion umfasst Gebiete von Rumänien, Serbien-Montenegro und Ungarn, blickt aber auf eine historisch, ökonomisch und kulturell gemeinsame Geschichte im ungarischen Staatsverband bis 1920 zurück. Mit dem Friedensvertrag von Trianon wurde die gemeinsame Entwicklung dieses geographischen Raumes beendet, als Ungarn große Teile seines Staatsgebiets an seine Nachbarstaaten abtreten musste. So wurde auch diese Region im Süden des Landes aufgeteilt: Vom Banat behielt Ungarn ein kleines Restgebiet von etwa 271 Quadratkilometern, während das neugebildete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen 9.307 Quadratkilometer erhielt. Den größten Gebietsgewinn verzeichnete Rumänien, das vom Banat 18.958 Quadratkilometer zugesprochen bekam. Die Aufteilung der Bevölkerung zeigte ein ähnliches Bild. Während im ungarischen Teil des Banats 18.583 Menschen lebten, waren es im südslawischen Teil 561.958 und im rumänischen 963.819 Menschen.<sup>63</sup> Die gewachsenen Strukturen dieser Kulturlandschaft wurden durch diese Grenzziehungen durchschnitten, was zur Auflösung der regionsinternen Beziehungs- und Wirtschaftsnetzwerke führte. Auch das Siedlungsnetz mit seiner Infrastruktur wurde durchtrennt, wobei dem Eisenbahnnetz als wichtigstem Transportmittel die größte Bedeutung zukam, da »an dessen hoher Transportkraft große Teile des Binnenhandels und des Exports der Region hingen. Allein fünf der neun von Temeswar ausgehenden Linien wurden nach einigen zehn Kilometern von fast unpassierbaren Grenzen blockiert, darunter die Lebensader der Linie nach Szeged und Budapest.«<sup>64</sup>

Die trennende Funktion der Grenzen blieb während der Zwischenkriegszeit erhalten, die ökonomische Abschottung durch Zölle und Handelshemmnisse zerstörte endgültig die früheren Raumstrukturen. Den neuen wirtschaftlichen Anforderungen in den jeweiligen Nationalstaaten gehorchend, richteten sich die regionalen Ökonomien, Verwaltungs- und Beziehungsstrukturen sowie die Verkehrswege auf die neuen nationalstaatlichen Zentren aus. Die Regionsteile wurden nicht ihren Möglichkeiten entsprechend entwickelt, sondern in das jeweilige Gesamtstaats- und Zentralstaatskonzept eingegliedert, ohne dass lokale Gegebenheiten beachtet wurden. Dies galt vor allem für Ungarn, denn dessen »raumstrukturelles Hauptkennzeichen ist die extreme demographische, wirtschaftliche und kulturelle Dominanz der Hauptstadt, die durch den Verlust regionaler Zentren infolge des Friedensvertrags von Trianon 1920 gefestigt wurde.«<sup>65</sup>

---

<sup>63</sup> Glass 110.

<sup>64</sup> Rieser 86.

<sup>65</sup> Iara 166.

Dies änderte sich auch nach 1945 nicht grundlegend, selbst wenn die sozialistische Wirtschaftspolitik die Disparitäten zu reduzieren suchte. In Rumänien hingegen zielte die Homogenisierungspolitik von Nicolae Ceaușescu auf eine weitgehende sozioökonomische Vereinheitlichung der Landesteile und die Verringerung raumstruktureller Differenzierungen durch eine extensive Industrialisierungspolitik ab. Im blockfreien Jugoslawien entwickelte sich der ihm zugesprochene Teil des Banats vorteilhafter, denn die vergleichsweise liberalere Wirtschaftspolitik und räumliche Nähe zur Hauptstadt Belgrad hatte positive Impulse auf die im innerserbischen Vergleich ohnehin besser entwickelte Vojvodina.

*Von den ersten Ansätzen der regionalen Kooperation  
zur Etablierung der Euroregion*

Ungarn sammelte ab Ende der 1970er Jahre erste Erfahrungen mit regionalen beziehungsweise subregionalen Kooperationen, als es an der von Italien initiierten Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria mit den westlichen Komitaten Baranya, Győr-Moson-Sopron, Somogy, Vas und Zala teilnahm. Dieses frühe Konzept regionaler Kooperation war aber eher ein Versuch Ungarns, »die Grenzen eigenständiger außenpolitischer Schritte auszutesten, ohne die Spielregeln im östlichen Block insgesamt in Frage zu stellen.«<sup>66</sup> So blieb diese erste regionale Zusammenarbeit Ungarns ohne Einfluss auf die Haltung ungarischer Politiker zu einer Regionalisierung. Dies änderte sich auch mit dem Beginn der Systemtransformation nicht sofort, und so verfolgte die erste frei gewählte Regierung zunächst Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit wie der Visegrád-Initiative, der Mitteleuropäischen Freihandelszone CEFTA oder der Quadrangone, der späteren Mitteleuropäischen Initiative. Bald erkannte Budapest aber die Bedeutung regionaler Kooperationen, denn aus minderheitenpolitischer Sicht schienen sie die Gelegenheit zu geben, kooperative Strukturen zu schaffen. Zudem wurde im Transformationsverlauf offensichtlich, dass räumlichen Disparitäten zwischen städtischen und ländlichen Räumen, die mit der Annäherung an marktwirtschaftliche Bedingungen noch anwachsen,<sup>67</sup> mit einer Regionalisierung begegnet werden müsse. Ein erstes greifbares Ergebnis dieser Sichtweise war die am 23. Januar 1992 in Nyíregyháza gegründete Arbeitsgemeinschaft der Karpaten- und Theiß-Region, aus der am 14. Februar 1993 die Karpaten-Theiß-Kooperation beziehungsweise die Euroregion Karpaten<sup>68</sup> hervorging. Die ungarische Regierung maß ihr langfristige Bedeutung zu und beabsichtigte, in »dieser relativ kleinen Sub-

<sup>66</sup> Zellner – Dunay 404.

<sup>67</sup> Jordan 37-56.

<sup>68</sup> Batt: Transcarpathia; Göllner 241-243; Rechnitzer; *Transcarpathia – Bridgehead or Periphery*. Zu Erfahrungen und Perzeptionen der Euroregion *Baranyi*.

region [...] die ökonomischen und sozialen Möglichkeiten zu nutzen, um von einer gemeinsamen Entwicklungspolitik zu profitieren«. <sup>69</sup> Der Mitgliedsvertrag wurde jedoch von den Außenministern Polens, der Ukraine und Ungarns unterzeichnet, so dass diese Kooperation eine nationalstaatliche Initiative und Gründung war. Die Slowakei wählte den Status der Assoziation und Rumänien den eines Beobachters. Die 1990 neu gewählte Regierung Rumäniens lehnte eine weitgehende Kompetenzabtretung an Regionalverwaltungen ab und bezeichnete die von der EU angeregten »Dezentralisierungsmaßnahmen und Regionalisierungen als »Regionalismus« oder gar »Separatismus«. <sup>70</sup>

Dieser Bukarester Widerstand betraf auch die südwestlichen Kreise Rumäniens, welche die hier untersuchte Euroregion bilden sollten. Die rumänische Ablehnung des Regionalismus war so groß, dass »die Iliescu-Regierung lieber auf Fördergelder für die ohnehin besser gestellten Kreise im Westen verzichtete[n], als daß sie bereit war[en], Kompetenzen an diese regionalen Verwaltungen in der Hand der Opposition abzugeben«. <sup>71</sup> Folglich verweigerte die Regierung den Stadt- und Kreisräten das Recht zum Abschluss grenzübergreifender Verträge. »Ein früher Vorschlag von ungarischen Partnern an die rumänischen Regionalbehörden in den Jahren 1990 bis 1992, Euroregionen in den Grenzgebieten zu gründen, um die Stärken zu bündeln und die Chancen für eine schnelle Entwicklung, die Überwindung der Rückständigkeit und schwachen Infrastruktur zu verbessern, wurde von den meisten lokalen und regionalen Vertretern enthusiastisch aufgenommen, von der Zentralregierung in Bukarest jedoch abgelehnt, die nicht bereit war, ihr Entscheidungsprivileg in einem solchen Bereich abzutreten, den sie als außenpolitischen Bereich betrachtete.« <sup>72</sup>

Dennoch bemühten sich die örtlichen Volksvertreter, Formen der Zusammenarbeit mit benachbarten Verwaltungseinheiten zu finden, und nahmen sich die Arbeitsgemeinschaft der Karpaten- und Theiß-Region zum Vorbild. <sup>73</sup> So wurde 1992 ein Kooperationsabkommen zwischen dem ungarischen Komitat Csongrád und dem rumänischen Kreis (*judet*) Timiș und ein weiteres zwischen dem Komitat Békés und dem Kreis Arad geschlossen, wobei sich vor allem die Stadtverwaltungen von Temeschwar (*Timișoara*, *Temesvár*) und Arad um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Städten und Komitaten Südostungarns und auch der Vojvodina bemühten. <sup>74</sup> Die frühe Festlegung auf eine Einbeziehung der

---

<sup>69</sup> Kelemen 4.

<sup>70</sup> Förster: Probleme, 37.

<sup>71</sup> Rieser 491-492.

<sup>72</sup> Cernicova: Euroregion, 26.

<sup>73</sup> Deică 17; Göllner 241-243. Zu Erfahrungen und Perzeptionen der späteren Karpaten- und Theiß-Region Baranyi.

<sup>74</sup> Rieser 491. Zur Entwicklung des Banats und zu den dort nach 1990 entwickelten multi-kulturellen Ideen Batt: Reinventing Banat; Neumann 19-35.



Vojvodina in eine trilaterale regionale Zusammenarbeit erschwerte und behinderte – neben inneren, zentralstaatlich motivierten Hemmnissen – die Entstehung der Euroregion. Die Belgrader Führung war nämlich wegen des Zerfalls Jugoslawiens und der Probleme im Kosovo wenig geneigt, der Vojvodina, in der ungarische und rumänische Minderheiten leben, eigene grenzüberschreitende Kooperationen zu ermöglichen. Ende 1992 unterzeichneten Vertreter des Kreises Timiș und des Komitats Csongrád »eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit, die praktische Fragen lösen sollte, insbesondere die Öffnung des direkten Straßenübergangs zwischen Szeged und Temeswar, für den beim rumänischen Tschanad und dem ungarischen Grenzdorf Kisszombor schon Vorbereitungen getroffen wurden«. <sup>75</sup> Vor allem die ungünstige Verkehrsinfrastruktur, fehlende Grenzübergänge, massive Behinderungen beim Grenzübertritt vor allem auf rumänischer Seite erschwerten die Kontaktpflege und die regionale Entwicklung, so dass die Eröffnung neuer Grenzübergänge und deren verkehrstechnische Anbindung vorrangig waren. Insbesondere der Kreis Timiș drängte auf zusätzliche Übergänge, da er im Vergleich zu Arad benachteiligt war: Es gab keine direkte Verbindung zwischen Temeschwar und Szeged, so dass der Arader Grenzübergang benutzt werden musste; dadurch verlängerte sich der Weg um 80 Kilometer. <sup>76</sup>

Diese ersten Versuche einer Zusammenarbeit, angestoßen durch die örtliche Verwaltung und lokale Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, blieben jedoch aufgrund der zentralistisch ausgerichteten Politik Rumäniens und Serbiens zunächst ohne sichtbaren Erfolg. In Ungarn hingegen trat das Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften (22. Juni 1994) und die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung <sup>77</sup> (1. Juli 1994) in Kraft und ermutigte die regionalen Vertreter. So erwies sich die Absichtserklärung zwischen Timiș und Csongrád als Keimzelle der späteren Euroregion, denn »zwei Jahre später, 1994, wurde die erste Version des *Protokolls* [gemeint ist das spätere Protokoll der regionalen Kooperation in der Region, R. Th. G.] unterzeichnet, das in die Partnerschaft [...] den Kreis Arad in Rumänien und das Komitat Békés in Ungarn einbezog und, zunächst inoffiziell, die jugoslawische Provinz Vojvodina«. <sup>78</sup> In diesem Zusammenhang kam es zu ersten Forderungen, eine trilaterale Euroregion mit der Bezeichnung Donau-Marosch-Theiß (DMT) unter Einschluss der ungarischen Komitate Békés und Csongrád, der rumänischen Kreise Arad und Timiș sowie der Vojvodina zu gründen. <sup>79</sup> Obwohl Rumä-

---

<sup>75</sup> Rieser 492.

<sup>76</sup> Batt: Reinventing Banat, 199. Siehe auch Batt: The EU's New Borderlands, 42.

<sup>77</sup> Erstes: ETS 106, Madrid, 21. Mai 1980, trat in Rumänien am 17. Oktober 2003 in Kraft; zweites: ETS 122, Strasbourg, 15. Oktober 1985, trat in Rumänien am 1. Mai 1998 in Kraft.

<sup>78</sup> Citizen Participation and Accountability 10.

<sup>79</sup> Iara 187.

nien am 7. Oktober 1993 in den Europarat aufgenommen worden war, blieben dort die politisch-rechtlichen Bedingungen unverändert, und auch die ungarisch-rumänischen Beziehungen hatten sich wegen des seit 1991 nicht ausgehandelten Nachbarschaftsvertrags und der wenig zufriedenstellenden Minderheitenpolitik Rumäniens verschlechtert.<sup>80</sup> In der rechtlichen Sphäre verbot das rumänische Gesetz über die lokale öffentliche Verwaltung<sup>81</sup> den Anschluss an Subjekte internationalen Rechts, obwohl es auch Elemente der dezentralen Verwaltung und lokalen Selbstverwaltung enthielt. Zudem äußerte die rumänische Regierung Zweifel am Konzept der Euroregion, da es die Vojvodina mit einbezog, und verwies auf das internationale Embargo gegen Jugoslawien und dessen außenpolitische Isolation. Für Belgrad hingegen waren gerade diese Punkte ausschlaggebend, die Vojvodina nun doch an die Euroregion heranzuführen, denn es erhoffte sich einen Ausbruch aus der Isolation und eine Umgehung der Sanktionen – eine politische Gewichtung, die Rumänien und Ungarn jedoch nicht hinnehmen wollten.<sup>82</sup> Parallel dazu entwickelte sich vor allem mit Rumänien ein intensiver Schwarzhandel, der den Grenzen ihre trennende Funktion nahm. Der Grenzverkehr erhielt somit durch das Embargo eine große ökonomische Bedeutung<sup>83</sup> und wies der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit den Weg.

Erst das Jahr 1996 brachte in mehrfacher Hinsicht Veränderungen. Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton/Paris im November 1995 setzte der UNO-Sicherheitsrat die Sanktionen gegen Jugoslawien aus, und die Bundesrepublik Jugoslawien wurde im Laufe des Jahres 1996 von einem Großteil der Staaten anerkannt. Dieser Umstand beseitigte eines der dringlichsten Probleme einer Einbindung der Vojvodina, der es nun möglich war, mit den Nachbarregionen in Kontakt zu treten. Rumänien unterzeichnete am 16. Mai 1996 einen Nachbarschaftsvertrag mit der Bundesrepublik Jugoslawien, und am 16. September folgte der ungarisch-rumänische Grundlagenvertrag. Dieser sah die Einrichtung spezieller intergouvernementaler Komitees vor, welche die bilaterale Zusammenarbeit ausgestalten sollten. Durch eigene Komitees geregelt waren die Bereiche im Minderheitenschutz, Wirtschaft, Handel und Tourismus sowie Infrastruktur, Transport, Wasser und Umweltschutz.<sup>84</sup> Weiterhin änderte Rumänien das Gesetz über die lokale öffentliche Verwaltung<sup>85</sup> und übertrug den Kreisräten umfangreiche Kompetenzen für die Planung der Wirtschaftsentwicklung sowie die Ausarbeitung eines Raumordnungskonzepts. Der

<sup>80</sup> Göllner 164-169; Zellner – Dunay, insbesondere 277-297.

<sup>81</sup> *Lege nr. 69 din 26 noiembrie 1991.*

<sup>82</sup> Batt: *The EU's New Borderlands*, 43.

<sup>83</sup> Brujan 89.

<sup>84</sup> *Treaty between the Republic of Hungary and Romania on Understanding, Cooperation and Good Neighbourhood*; Baranyi – Balcsók – Dancs 529.

<sup>85</sup> *Lege nr. 24 din 12 aprilie 1996.*

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gaben die rumänischen Parlamentswahlen vom November 1996 einen weiteren Impuls, als die bürgerliche Opposition in die Regierungsverantwortung kam. Diese war zwar ähnlich wie ihre Vorgängerregierung zentralistisch orientiert, aber es wurden regionale Akteure und Initiativen aktiv, was zu einem Gesinnungswandel in regionalpolitischen Fragen führte.<sup>86</sup> Auch hatte die Ausweitung des 1994 eingeführten PHARE-CBC-Programms auf die ostungarischen Komitate einen starken Einfluss auf die rumänische Rezeption des Regionalismus, da fortan die grenznahen rumänischen Kreise direkt in die Förderung einbezogen werden konnten – ein Ziel, das die regionalen Vertreter stets verfolgt hatten. Vor diesem Hintergrund wurde 1996 eine zweite Version des „Protokolls“ unterzeichnet, das nun auch die Beteiligung der ungarischen Komitate Bács-Kiskun und Jász-Nagykun-Szolnok vorsah.

Parallel dazu änderte sich auch die nationale Rezeption regionaler Entwicklung. Ungarn, das früh die Bedeutung grenzregionaler und grenzüberschreitender Kooperationen erkannt hatte, verabschiedete ein Gesetz zur Regionalentwicklung,<sup>87</sup> nach dem Komitatsentwicklungsräte »zusammen mit insgesamt 150 sogenannten Mikroregionen, d. h. freiwilligen Zusammenschlüssen lokaler Gebietskörperschaften, regionalpolitische Aufgaben wahr[nehmen]«. <sup>88</sup> Auch die neue rumänische Regierung bemühte sich, eine Regionalentwicklungspolitik zu entwerfen, denn dies war »noch rudimentär und unvollständig«; Bukarest legte »ein zunehmendes politisches Bewußtsein für die Notwendigkeit einer Regionalpolitik an den Tag«. <sup>89</sup> Diese Fortschritte, an denen die Vojvodina noch nicht partizipieren konnte, waren zum einen das Ergebnis innenpolitischer Veränderungen, zum anderen die Folge einer veränderten Heranführungsstrategie der EU durch erweiterte Förderung von Regionalentwicklungen und der grenzüberschreitenden Kooperationen. All dies milderte beziehungsweise beseitigte die rechtlich-strukturellen Hindernisse bei der Gründung der Euroregion, und so kam es im Mai 1997 im ungarischen »Makó zu einer erneuten, nun von allen drei Seiten verbindlich unterzeichneten Vereinbarung, die »Donau-Marosch-Theiß-Europaregion« zu schaffen.<sup>90</sup> Am 21. November 1997 wurde eine dritte Version des „Protokolls“ von den teilnehmenden Vertretern der Mesoebene unterzeichnet und zur Grundlage der Kooperation. Zugleich wurde der Kreis der Teilnehmer erweitert, so dass auf ungarischer Seite die Komitate Bács-Kiskun, Békés, Csongrád, Jász-Nagykun-Szolnok, auf rumänischer Seite die Kreise Arad, Caraş-Severin (*Karasch-Severin*, *Krassó-Szörény*), Hunedoara (*Eisenmarkt*, *Hunyad*), Timiş (*Temesch*,

---

<sup>86</sup> *Dobre* 551-552, 540-556.

<sup>87</sup> *Törvény*.

<sup>88</sup> *Pieper* 230.

<sup>89</sup> *Agenda 2000*, 112-113.

<sup>90</sup> *Rieser* 495. Namensgebend sollten die drei wichtigen Flüsse der Region sein (Donau, Marosch, Theiß).

*Temes*) sowie die Autonome Provinz Vojvodina (*Vajdaság*) die Zusammenarbeit konstituierten.<sup>91</sup> Insofern wurde diese euroregionale Kooperation nach dem *bottom-up*-Prinzip, also von unten durch lokale Verwaltungen und Vertreter, also nicht als nationalstaatliches Konzept konzipiert und konstituiert; sie befand sich im engeren Förderbereich von INTERREG. Damit reagierten die Politiker auf eine Reihe von Makrotendenzen, die den Status der nationalen Grenzen betrafen, wie den »Transfer besonderer Staatsgewalten nach oben, unten und seitwärts des Nationalstaates«.<sup>92</sup> Nachfolgende Tabellen veranschaulichen allgemeine statische Merkmale der beteiligten Gebietskörperschaften, einschließlich der Angaben zum Komitat Jász-Nagykun-Szolnok, das von der Euroregion selbst – obwohl im Gründungsprotokoll als beteiligte Gebietskörperschaft benannt – nicht als Kooperationspartner angeführt wurde.<sup>93</sup>

Tabelle 1: Fläche der Euroregion DKMT<sup>94</sup>

	Fläche		
	km <sup>2</sup>	% des Staates	% der Euroregion
<i>Rumänischer Teil</i>			
Arad	7.754	3,3	10,0
Caras-Serverin	8.520	3,6	11,0
Hunedoara	7.063	3,0	9,1
Timiş	8.697	3,6	11,2
<b>4 Kreise insgesamt</b>	<b>32.034</b>	<b>13,4</b>	<b>41,4</b>
<i>Rumänien insgesamt</i>	238.391	100,0	–
<i>Ungarischer Teil</i>			
Bács-Kiskun	8.420	9,1	10,9
Békés	5.631	6,1	7,3
Csongrád	4.263	4,6	5,5
Jász-Nagykun-Szolnok	5.607	6,0	7,2
<b>4 Komitate insgesamt</b>	<b>23.921</b>	<b>25,7</b>	<b>30,9</b>
<i>Ungarn insgesamt</i>	93.030	100,0	–

<sup>91</sup> *Jegyzőkönyv a Duna – Maros – Tisza Regionális Együttműködésről* Art. 1.

<sup>92</sup> *Perkmann – Sum* 4.

<sup>93</sup> Die an der Euroregion DKMT teilnehmenden Gebietskörperschaften siehe unter <http://www.dkmt.net/hu/index.php?bov=114061184048519> (29. Juli 2008).

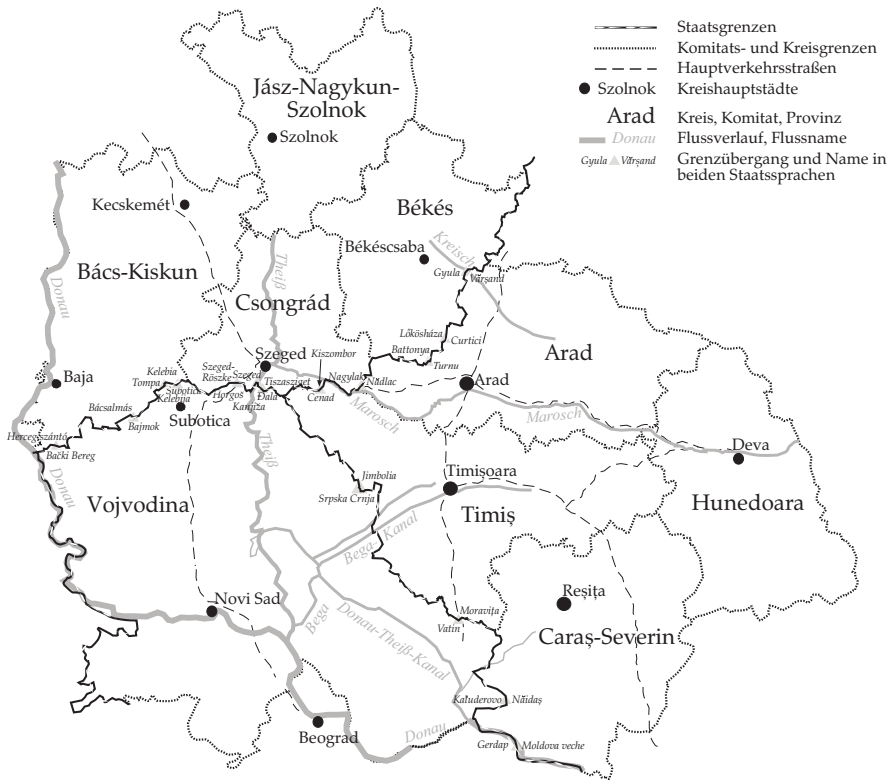
<sup>94</sup> *Iara* 206.

Tabelle 2: Bevölkerung der Euroregion DKMT<sup>95</sup>

	Bevölkerung	Bevölkerungs- dichte pro km <sup>2</sup>	% der Staats- bevölkerung	Landbe- völkerung	Aktive Bevölkerung
Arad	461.791	59,6	2,1	227.799	167.024
Caraş- Severin	333.219	39,1	1,6	150.271	121.406
Hunedoara	485.712	68,8	2,4	116.934	196.776
Timiș	677.926	77,9	3,1	270.172	315.004
<i>Rumänische Kreise</i>	<i>1.958.648</i>	<i>61,1</i>	<i>9,2</i>	<i>765.176</i>	<i>800.210</i>
Bács- Kiskun	544.116	64,4	5,3	199.211	214.861
Békés	396.131	70,3	3,9	122.004	155.207
Csongrád	426.817	100,1	4,2	119.861	170.754
Jász- Nagykun- Szolnok	417.008	74,4	4,1	o. A.	o. A.
<i>Ungarische Komitate</i>	<i>1.784.072</i>	<i>74,5</i>	<i>17,5</i>	<i>441.076</i>	<i>540.822</i>
Vojvodina	2.031.992	94,5	20*	879.697	912.800
Euroregion	5.357.704	74,5	–	2.085.949	2.253.832

\* Schätzung beziehungsweise eigene Berechnung.

<sup>95</sup> Soós – Fejes 44, ohne Angaben zu Jász-Nagykun-Szolnok. Diese wurden hier aus *Iara* 206 übernommen.

Karte 1: Die Euroregion Donau-Kreisch-Marosch-Theiß<sup>96</sup>

### Ziele und Struktur der Euroregion

Eines der wichtigsten Ziele war es, ein Klima des Vertrauens zu schaffen, das positive Rückwirkungen auf die gemeinsame Entwicklung der Region in sozialer und ökonomischer Hinsicht haben sollte. Konkret benannte das Protokoll in Artikel 3 folgende Kooperationsziele: »Das Ziel der regionalen Kooperation DMT ist es, die gemeinsamen Beziehungen zwischen den lokalen Gemeinschaften und den örtlichen Selbstverwaltungen auf den Gebieten Wirtschaft, Unterricht, Bildung, Gesundheit, Wissenschaft und Sport beziehungsweise solche Kooperationen zu fördern und auszudehnen, die zu einer Integration im Rahmen zeitgemäßer europäischer Prozesse führen.«<sup>97</sup> Als Bereiche wurden genannt:

<sup>96</sup> Erstellt vom Verfasser.

<sup>97</sup> Das Dokument ist in verschiedenen Sprachen verfügbar. Englisch: „The Regional Cooperation Danube – Criș – Mureș – Tisa Protocol“; Ungarisch: „Jegyzőkönyv A Duna-Maros-

- a) *Wirtschaftsbeziehungen*: Entwicklung gemeinsamer Programme; Aufbau und Betrieb eines gemeinsamen Informationssystems; Unterstützung der Wirtschaftskammern bei der Zusammenarbeit; Unterstützung bei der Gründung von joint-ventures im unternehmerischen Bereich und Bankwesen; Zusammenarbeit in Landwirtschaft und Agrarhandel; Unterstützung beim Abschluss von Wirtschaftsverträgen zwischen Unternehmen; gemeinsame wirtschaftliche und finanzielle Aktivitäten auf Drittmärkten.
- b) *Infrastruktur und Kommunikation*: Entwicklung von Projekten im Bereich der Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Eisenbahnstrecken und Wasserwege) sowie Öffnung neuer und Modernisierung der bestehenden Grenzübergänge.
- c) *Umweltschutz*: Harmonisierung der Umweltschutzprogramme und der gemeinsamen Aktivitäten zum Schutz des Bodens, der Luft und des Wassers.
- d) *Tourismus*: Entwicklung des Tourismus und Steigerung der Anziehungskraft der Region.
- e) *Wissenschaft, Kultur, Unterricht, Gesundheit, Sport und Bürgerbeziehungen*: Förderung von Beziehungen und Kontakten im wissenschaftlichen Bereich zwischen Universitäten, Wissenschaftszentren, spezialisierten Institutionen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen; Etablierung kultureller Beziehungen und Entwicklung kultureller Programme sowie Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes; Unterstützung im Bereich des Minderheitenschutzes; Zusammenarbeit im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens; Organisation regionaler Sportveranstaltungen.<sup>98</sup>

Damit bewegte sich die Kooperation innerhalb des konzeptionellen Rahmens, wie ihn beispielsweise die AGEK 1981 für die EUREGIO formuliert hatte.<sup>99</sup> Vor allem die Minderheiten betreffenden Zielsetzungen harmonisierten mit der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen<sup>100</sup> und fanden sich auch in der Charta der Grenz- und grenzüber-

---

Tisza Regionális Együttműködéséről“; Rumänisch: „Protocolul Cooperării Regionale Dunăre – Mureș – Tisa“; Serbisch: „Protokol O Regionalnoj Saradnji Dunav – Maroš – Tisa“. Siehe <http://dkmt1.regionalnet.org> (29. Juli 2008). Auffällig sind die unterschiedlichen Protokolltitel; nur die englische Fassung trägt die Kreisch im Titel, im Hauptteil des Textes sprechen aber alle Fassungen von der Donau-Marosch-Theiß-Kooperation.

<sup>98</sup> Vollständig in *Jegyzőkönyv a Duna – Maros – Tisza Regionális Együttműködéséről* Art. 4, Abs. A) bis E). Die Kooperationsbereiche wurden wenig später durch einen „Anhang“ ergänzt: *Mellékletek*. <http://www.dkmt.hu/hu/doc/egymell.pdf> (26. April 2006), ohne Orts- und Zeitangabe. Vermutlich wurde diese Anlage später unterzeichnet, da sich danach nur noch die im Anhang festgelegte Bezeichnung oder auch die Kurzbezeichnung findet. In diesem Dokument sind auch die Änderungen im Vergleich zum ursprünglichen Protokoll hervorgehoben. Im Juli 2008 war dieser Anhang nicht mehr auffindbar.

<sup>99</sup> Vgl. *European Charter of Border and Cross-Border Regions*.

<sup>100</sup> *Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen* 148-169, insbesondere Art. 7, Abs. 1, Satz i): »die Förderung geeigneter Formen des grenzüberschreitenden Austausches in

greifenden Regionen sowie den Statuten anderer Euroregionen wieder. Wörtlich oder sinngemäß kommen diese Kooperationsbereiche auch in der „Erklärung zum Regionalismus in Europa“<sup>101</sup> der VRE vor. Die an der DMT beteiligten Komitate, Kreise sowie die Vojvodina orientieren sich stark an den in der „Erklärung“ festgehaltenen Prinzipien internationaler Beziehungen.<sup>102</sup> Dennoch wurde die Kooperation ohne eigene Rechtspersönlichkeit gegründet<sup>103</sup> und war somit »eine Organisation der Zusammenarbeit«, deren »wichtigste Funktion [...] die Verstärkung der Fähigkeit zur Bestimmung von finanziellen Ressourcen, die Unterstützung bei der Ausarbeitung und Umsetzung grenzübergreifender Entwicklungsprogramme und mit ihnen die Unterstützung der beteiligten Wirtschaften der Regionen und der sozialen und politischen Kohäsion« war.<sup>104</sup> Damit kann die regionale Zusammenarbeit D(K)MT den Kooperationsstrukturen auf strategischer (Programm-) Ebene hinzugerechnet werden.<sup>105</sup>

In einem Anhang zum Protokoll wurde unter anderem die Bestimmung eingeführt, dass die offizielle Bezeichnung »Donau-Kreisch-Marosch-Theiß Euroregion« (abgekürzt DKMT Euroregion) ist und in den drei Sprachen der teilnehmenden Länder benutzt werden kann.<sup>106</sup> Dies schloss die Konstituierung der Euroregion auch in ihrer Benennung ab, auch wenn ihre juristische Formierung noch fehlte. Diese erfolgte im Mai 2003 mit der Gründung eines gemeinnützigen Vereins. Dennoch verfügte die Euroregion bei ihrer Gründung über Einrichtungen zur Koordination der Zusammenarbeit und zur Außendarstellung.

Die gegenwärtige Struktur umfasst das Forum der Präsidenten, gebildet aus den Vorsitzenden der beteiligten Gebietskörperschaften, das auch das *Machtzentrum* der Euroregion ist. Es hat beratende und exekutive Befugnisse im Bereich der gemeinsamen Aktivitäten.<sup>107</sup> Es existiert ein Präsidentenamt, das in jährlicher Rotation von einem Mitglied des Präsidentenforums übernommen wird und hauptsächlich Koordinierungsaufgaben hat. Dieses höchste Gremium tagt dreimal jährlich an drei verschiedenen Orten in der Euroregion, so dass jeder beteiligte Staat jeweils einmal im Jahr die

---

den von dieser Charta erfaßten Bereichen für Regional- oder Minderheitensprachen, die in zwei oder mehr Staaten in derselben oder ähnlichen Form gebraucht werden«. Vgl. auch Art. 14: „Grenzüberschreitender Austausch“.

<sup>101</sup> Vgl. *Erklärung zum Regionalismus in Europa*, insbesondere Art. 3 und Anhang zu Art. 3, Abs. 1.

<sup>102</sup> Ebenda, Art. 10, 11, 12.

<sup>103</sup> *Jegyzőkönyv a Duna – Maros – Tisza Regionális Együttműködésről* Art. 9: »Die regionale Zusammenarbeit DMT funktioniert entsprechend diesem Protokoll, hat keine eigene Rechtspersönlichkeit, ist offen und gilt nach Annahme und Unterzeichnung des Protokolls für unbestimmte Zeit.«

<sup>104</sup> *Praktisches Handbuch zur Grenzübergreifenden Zusammenarbeit* 83.

<sup>105</sup> Ebenda.

<sup>106</sup> *Mellékletek* Art. 1, Abs. 1. <http://www.dkmt.hu/hu/doc/egymell.pdf> (26. April 2006).

<sup>107</sup> *Branea: Cine se aseamănă se adună*, 12; *Iara* 187-188. Siehe auch die Internetseiten der Euroregion: <http://www.dkmt.hu>; <http://www.dkmt.net>; <http://triplextion.net>.



Sitzung veranstaltet. Die Ergebnisse und konsensbasierten Beschlüsse des Forums werden in den Staatssprachen sowie englisch verabschiedet. Ein konsultativ-beratender Rat, den die dafür bestimmten Vorsitzenden der lokalen Selbstverwaltungen bilden, nimmt die Aufgabe der strategischen Planung und Interessenabstimmung wahr. Er harmonisiert Anregungen, Berichte, Projekte und Programme, die von Arbeitsgruppen vorgelegt werden, und verfasst die Berichte der Vollversammlung der Euroregion. Seit Gründung der Euroregionalen Entwicklungsagentur<sup>108</sup> hat er auch die Aufgabe, zwischen der Vollversammlung und der Agentur die Verbindung aufrecht zu erhalten. Ein Sekretariat mit Organisationsaufgaben unterstützt als Arbeitsebene den Präsidenten. Als letzte Ebene bestimmt das Protokoll Arbeitsgruppen, die durch das Forum der Präsidenten etabliert werden. Diese sind durch Experten verschiedener Fachbereiche, entsprechend den Zielsetzungen der Euroregion besetzt. Gegenwärtig bestehen vier Arbeitsgruppen: 1. Das Komitee für Wirtschaft, Infrastruktur und Tourismus, das seinen Sitz in der Vojvodina hat; 2. Die Gruppe für Urbanisierung und Umweltschutz, die in Ungarn angesiedelt ist; 3. die Arbeitsgruppe für Kultur, Sport, nichtgouvernementale Organisation und Soziales mit Sitz in Rumänien; 4. das Team für Internationale Beziehungen, Informationstechnologie und Medien, dessen Sitz mit dem Wechsel des Präsidenten rotiert. Diese Arbeitsgruppen nahmen im Februar 2003 ihre Arbeit auf. Das Protokoll regelt auch finanzielle Fragen der gemeinsamen Aktivitäten, aber es wurde kein eigenes Budget für gemeinsame Programme festgelegt.

Diese Struktur erfuhr organisatorische Erweiterungen, welche die Funktionsfähigkeit verbessern und auf eine breitere Basis stellen sollten. So fand vom 10. bis 12. Oktober 2000 ein erstes euroregionales Jugendtreffen in Novi Sad (*Neusatz, Újvidék*) statt, das zur Einrichtung eines Jugendverbandes führte. Nach mehreren Treffen wurde am 14. Dezember 2001 der Jugendverband der Donau-Kreisch-Marosch-Theiß Euroregion<sup>109</sup> gegründet und am 23. August 2002 bei Gericht eingetragen. Er will unter anderem in den Bereichen Unterricht, Wissenschaft und Forschung, Kultur und Sport die Zusammenarbeit fördern und verbessern, sich für die Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte, vor allem die Jugend betreffend, einsetzen und europäische Werte unter der Jugend der Region verbreiten. Seine weiteren Arbeitsschwerpunkte liegen in der Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Euroregion und der Einbeziehung der Jugend aus der Region in die europäischen Belange und Fragestellungen.<sup>110</sup> Weiterhin existierte ein aktiver Verband zur Umweltgesundheit, der länderübergreifend Problembereiche wissenschaftlich diskutierte.

---

<sup>108</sup> Zur Agentur siehe weiter unten.

<sup>109</sup> Ungarisch: Duna-Körös-Maros-Tisza Eurorégió Ifjúsági Szövetsége.

<sup>110</sup> Zu den Zielen und dem Gründungsprotokoll siehe die Internetseiten des Jugendverbandes: [www.dkmt.org](http://www.dkmt.org) (6. Juni 2006).

Im Verlauf des Kooperationsalltags wurde deutlich, dass Struktur und Effizienz der Euroregion verbesserungsfähig waren. Deswegen wurde vom Budapester Pro Professione Verein in Zusammenarbeit mit den Vertretern der jeweiligen Kreise ein Strategieplan zur regionalen Kooperation erstellt.<sup>111</sup> Auch der fehlende Rechtscharakter der Euroregion wurde in zunehmendem Maße als hinderlich für eine Vertiefung der Zusammenarbeit betrachtet. Dies setzte einen Reorientierungsprozess in Gang, der zur rechtsgültigen Organisierung von Teilaufgaben grenzüberschreitender Aktivitäten und zur Trennung der ökonomischen von den politischen Aufgaben führte. Am 24. Mai 2003 gründeten die nationalen Verwaltungs- und Kreisvertreter die Donau-Kreisch-Marosch-Theiß Entwicklungsagentur als eingetragenen, gemeinnützigen Verein zur Erhöhung der Effektivität der Zusammenarbeit vor allem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Sie hat die Aufgabe, euroregionale Projekte zu betreuen, wofür sie von politischen Zielsetzungen weitgehend befreit wurde. Die politische Koordination und externe Darstellung verblieb bei der Vollversammlung sowie beim Forum der Präsidenten, das im Zuge der Neustrukturierung erweitert wurde. Nunmehr können auch Stadt- und Gemeindeverwaltung aus der Region mit einem Stimmrecht in das Forum aufgenommen werden. Ebenso können ständige Gäste ohne Stimmrecht dem Forum beitreten, zum Beispiel Vertreter von Universitäten, Handels- und Wirtschaftskammern, Zivilorganisationen, Jugendverbänden oder auch von Gewerkschaften. Dadurch wird ein breiteres Spektrum von Interessen abgedeckt.

Darüber hinaus konstituierten sich um die Euroregion zahlreiche Stiftungen, Vereine oder Verbände, welche die Arbeit der DKMT kritisch begleiten oder mit deren Vertretern zusammenarbeiten. Beispiele für solche Einrichtungen sind die 1997 in Temeschwar gegründete Third Europe Foundation (*Fundația a Treia Europă*), die 1998 ebendort ins Leben gerufene Free Minds Association (*Asociația Free Minds*)<sup>112</sup> sowie das Euroregional Center for Democracy (*Centrul Euroregional pentru Democrație*)<sup>113</sup> oder das 1998 in Novi Sad eröffnete Center for Regionalism (*Centar za Regionalizam*).<sup>114</sup> Vor allem die Third Europe Foundation und das Euroregional Center for Democracy haben in Zusammenarbeit mit dem Europarat<sup>115</sup> und der amerikanischen Stiftung America's Development Foundation (ADF) sowie der U. S. Agency for International Development (USAID) Funktionsweise und Wirksamkeit der Kooperation analysiert. Eine von Third Europe Foundation zusammengestellte Expertengruppe für öffentliche Verwaltung, Wirtschaft, Kulturmanagement, Bildung und Soziales aus den drei Staaten kam

---

<sup>111</sup> *Kulcsár*.

<sup>112</sup> [www.freeminds.ro](http://www.freeminds.ro) (6. Juni 2006).

<sup>113</sup> [www.regionalnet.org](http://www.regionalnet.org) (6. Juni 2006).

<sup>114</sup> [www.centarzaregionalizam.org.yu](http://www.centarzaregionalizam.org.yu) (6. Juni 2006).

<sup>115</sup> Zum Pilotprojekt des Europarats mit der Free Minds Association siehe *Hanigovszki – Nicolaescu*.

in ihrem Abschlussbericht zu teilweise ernüchternden Feststellungen hinsichtlich Organisationsstruktur, Funktionsweise und Effizienz der Euroregion.<sup>116</sup> 2002 sprach die Third Europe Foundation als externe Organisation Empfehlungen vor allem zum strukturellen Umbau der Euroregion aus. Die 2003 erfolgte Restrukturierung vor allem des Präsidentenforums war ein Ergebnis dieser Empfehlungen: Die nichtstaatlichen Organisationen der Euroregion hatten Resolutionen zur Stärkung der öffentlich-privaten Partnerschaften und zur Verbesserung der Entscheidungsfindung in den DKMT-Gremien verabschiedet.<sup>117</sup> Diese Resolutionen basierten auf der Temeschwarer Deklaration zur grenzüberschreitenden regionalen Kooperation in Südosteuropa, verabschiedet auf der 19. Europa der Regionen-Konferenz im September 2001,<sup>118</sup> und spiegelten sich zum Teil in der Restrukturierung der Euroregion DKMT im Zuge der Gründung der Entwicklungsagentur wider. Durch die Restrukturierung des Jahres 2003 wurde die organisatorische Ausformung der Euroregion zunächst abgeschlossen.

Der EU-Beitritt Ungarns am 1. Mai 2004 schuf auch für die Euroregion neue Bedingungen, deren Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht vollständig absehbar sind. Nichtstaatliche Organisationen haben jedoch insofern eine Schwerpunktverschiebung festgestellt, als seitdem der Fokus der Zusammenarbeit in der Euroregion zwischen Rumänien und Serbien liegt.<sup>119</sup> »Ungarns Beitritt zur EU und die Einführung einer Visa-Pflicht [für die Staatsbürger Serbiens, R. Th. G.] durch Rumänien, als vorbereitende Maßnahme der EU-Mitgliedschaft, versetzte den blühenden transnationalen Beziehungen in diesem Raum einen Dämpfer. Der Prozess der europäischen Integration hatte einen gegenteiligen Einfluss.«<sup>120</sup> Diese Entwicklung hielt bis zum Beitritt Rumäniens zur EU im Januar 2007 an und erschwerte die euroregionale Zusammenarbeit, ohne sie jedoch in Frage zu stellen.

### *Ergebnisse der grenzüberschreitenden Kooperation in der Euroregion*

Die von der Euroregion selbst entworfenen Ziele und Projekte bedürfen einer konkreten Überprüfung anhand der politisch-ökonomischen Realität und der Perzeption der betroffenen Bevölkerung. Für die ersten Jahre der Zusammenarbeit ist eine gewisse Stagnation feststellbar. Nach dem Aufbau der euroregionalen Strukturen veränderte sich 1999 die internationale Konstellation zuungunsten der trilateralen Kooperation, als die NATO

---

<sup>116</sup> *Citizen Participation and Accountability*.

<sup>117</sup> *Puşcaş* 13-14.

<sup>118</sup> <http://dkmt1.regionalnet.org/timisdeclE.html> (23. Juli 2008).

<sup>119</sup> *Ivan – Kiss – Novak* 10.

<sup>120</sup> *Kostovicova – Basic* 586.

Ziele in Serbien und der Vojvodina bombardierte. Ungarn war bereits NATO-Mitglied und stellte den Bündnispartnern militärische Einrichtungen zur Verfügung, was sich negativ auf das Verhältnis zu Serbien auswirkte. Erst im Jahr 2000 – nach der Gründung des Stabilitätspaktes, den angelaufenen Dezentralisierungsmaßnahmen und der Übernahme der NUTS-Klassifikation in Rumänien<sup>121</sup> sowie dem politischen Umbruch in Serbien – erhielt die Zusammenarbeit neue positive Impulse, und die »Euroregion DKMT entwickelte sich zum Projekt für eine gemeinsame Zukunft innerhalb der EU.«<sup>122</sup>

Da die Euroregion laut Gründungsprotokoll die meisten Lebensbereiche betreffen sollte, müssten greifbare Ergebnisse der Zusammenarbeit auf der lokalen Ebene feststellbar sein. Daher ist neben ihren strukturell-administrativen Merkmalen auch ihre öffentliche Rezeption bedeutsam für eine Bewertung. Der erwähnte Bericht der Third Europe Foundation beinhaltet Umfrageergebnisse aus Rumänien und Serbien, die den Stand der öffentlichen Rezeption im Jahr 2001 widerspiegeln.<sup>123</sup> Danach hielten im rumänischen Euroregionsteil eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit 36,8 Prozent für sehr notwendig und 51,6 Prozent für notwendig; im serbischen Teil waren es 19,8 Prozent beziehungsweise 49,5 Prozent. Dennoch hatten 70,9 Prozent in Rumänien und 63,5 Prozent in Serbien noch niemals von der DKMT gehört und glaubten auch nicht, dass es gemeinsame Aktivitäten zwischen benachbarten Regionen gibt (Rumänien: 59,8 Prozent, Serbien: 71,3 Prozent). Diese Angaben wurden zwar vor der Änderung der euroregionalen Struktur erhoben, dürften aber hinsichtlich der realen lokalen Bedeutung der Euroregion immer noch aussagekräftig sein, da sich die Rahmenbedingungen und vor allem die finanzielle Ausstattung der lokalen Ebene nicht deutlich verbessert haben. Gegenwärtig sind keine neueren Angaben verfügbar, auch fehlt eine Untersuchung der Rezeption in Ungarn, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Probleme und Perzeptionen ähnlich gelagert sind.

Diese Umfrageergebnisse verdeutlichen, dass sich die Euroregion und ihre Kooperationsergebnisse im Bewusstsein der Bevölkerung nicht etablieren konnten. Auch deren politischen und administrativen Organe sowie ihre Institutionen, vor allem das Forum der Präsidenten, waren den Befragten kaum bekannt, was auf ein erhebliches Legitimations- und Informationsdefizit hinweist. Daran vermochte offensichtlich auch das Mitteilungs-

---

<sup>121</sup> Die Grundlage war das Gesetz über die Regionalentwicklung (*Lege nr. 151 din 15 iulie 1998*). Die kleinflächigen Kreise wurden als NUTS 3 und die acht neugeschaffenen, jedoch nicht institutionalisierten Entwicklungsregionen als NUTS 2 klassifiziert (*Dieringer 491-492; Dieringer – Moisa 537-560*).

<sup>122</sup> *Brujan 90*.

<sup>123</sup> *Citizen Participation and Accountability 32-42*. Die Umfrage wurde im Juni und Juli 2001 unter jeweils 1.057 Personen im rumänischen und serbischen Teil der Euroregion durchgeführt. Zu den Grundlagen der Datenerhebung ebenda, 13.

blatt der Euroregion ‚Eurotrio‘ beziehungsweise sein Nachfolgeorgan, die rein ungarischsprachige Zeitschrift ‚Euroregio‘, die unter anderem von der Soros Foundations Network zwischen 2000 und 2003 finanziell unterstützt wurde,<sup>124</sup> nichts zu ändern. Die Problematik der fehlenden Öffentlichkeitswirksamkeit könnte durch die Restrukturierung der Euroregion DKMT zumindest teilweise behoben worden sein, da eine Erweiterung der Gremien durch nichtstaatliche Organisationen möglich wurde – genaue Angaben hierzu liegen jedoch nicht vor. Diese Organisationen können aber dazu beitragen, dass Informationsdefizite abgebaut werden und die Euroregion mittelfristig auf größere Bekanntheit und Akzeptanz trifft. Doch dieser Prozess kann – geeignete Finanzierungs- und Programmkonzepte vorausgesetzt – allenfalls in mehreren Jahren seine volle Wirkung entfalten. Gegenwärtig hat es den Anschein, dass diese Entwicklung zumindest auf der ungarischen und rumänischen Seite begonnen hat, denn die Jugend- oder Universitätsorganisationen bieten ein weitgefächertes Programmangebot an. Von staatlichen Stellen unterstützt, werden in den verschiedenen Kooperationsbereichen Austausch- und Kulturprogramme initiiert sowie Fachkonferenzen abgehalten, die meist auf die Jugend der Region abgestimmt sind oder eine Intensivierung der Zusammenarbeit zum Ziel haben.<sup>125</sup> Dieser Prozess scheint sich seit dem EU-Beitritt Rumäniens zu vertiefen. Auf serbischer Seite hingegen werden ein zu geringer Austausch und zu wenig spezialisierte kulturelle, sportliche, Erholungs- und Bildungsprogramme insbesondere im DKMT-Raum bemängelt.<sup>126</sup>

Um das Informationsdefizit zu verringern, wurde Ende 2003 der euroregionale, internetbasierte Informationsdienst Triplexregio ins Leben gerufen.<sup>127</sup> Dieser informiert zwar weniger über die politisch-administrativen Strukturen der Euroregion, präsentiert aber die lokalen Programme und Veranstaltungen aus den Kooperationsbereichen, sorgt so für eine bessere Verbreitung des euroregionalen Konzeptes und vermittelt die Aktivitäten der Euroregion. Dieses Portal kann eine große Anzahl von Personen kostengünstig und schnell erreichen, es schließt aber höchstwahrscheinlich denjenigen Bevölkerungsteil von der Informationsarbeit aus, der nicht über die technischen Einrichtungen und Fähigkeiten verfügt, diesen Dienst zu nutzen. Dadurch findet eine teilweise Abkoppelung von Bevölkerungsgruppen von der euroregionalen Entwicklung statt, die durch andere Informationsmedien kompensiert werden müsste. Dennoch wurde der inter-

---

<sup>124</sup> *Stability Pact Project Package for Donor Partnership; Citizen Participation and Accountability* 20.

<sup>125</sup> Vgl. beispielsweise *Comunicat de presă* über eine Konferenz zu Themen der Zusammenarbeit (12. Januar 2006), über die Finanzierung von Kulturprogrammen im Rahmen der DKMT (16. Januar 2006), zu Projekten in der DKMT (6. Februar 2006) und zur Kundgebung an der Drei-Länder-Grenze am 27. Mai 2006 (23. Mai 2006).

<sup>126</sup> *Akcioni plan politike za mlade u Vojvodini* 37.

<sup>127</sup> Das Nachrichtenportal der Euroregion: <http://www.triplexregio.net> (12. Juni 2006). Zur Gründung *Ziar virtual; A DKMT Eurorégió új hírszolgálatása*.

netbasierte Bereich der Informationsarbeit durch weitere Abkommen, zum Beispiel zwischen der Temeschwarer Industrie- und Handelskammer und dem ungarischen Geldgeber, der Regionalen Medien- und Kunststiftung (*Regionális Média és Művészeti Alapítvány*), intensiviert, um den Regionalismus- und Euroregionalismus-Gedanken in der öffentlichen Debatte zu unterstützen und zu stärken.<sup>128</sup> Um weitere Bevölkerungsgruppen aktiv zu informieren, besteht eine sehr aktive und interessierte regionale und lokale Presse, in der die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eines der wichtigsten Themen ist.<sup>129</sup> Der Arbeit der lokalen Medien dürfte es auch zu verdanken sein, dass die Euroregion trotz Informationsdefizite eine wachsende positive Resonanz findet – selbst wenn die Medien Missstände aufdecken. Folglich werden die positiven Merkmale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stärker gewichtet als die strukturellen und organisatorischen Nachteile. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Temeschwarer Stiftung West für Regionalen und Euroregionalen Journalismus (*Fundația Vest pentru Jurnalism Regional și Euroregional*), die entsprechend interessierten Journalisten finanziell, administrativ und technisch hilft und Zugriff auf ein von ihr unterstütztes regionales Netzwerk bietet.

Auf der Ebene lokaler Eliten war die Perzeption der regionalen Kooperation bereits früh besser, zumal dann, wenn sie in die Strukturen eingebunden waren und einen direkten Einblick in und Einfluss auf die Kooperation nehmen konnten. Dies betraf vor allem die Eliten aus lokalen und regionalen politischen Institutionen, der Wissenschaft und den Medien. Vor allem die »Vertreter bestimmter gesellschaftlicher Funktionsbereiche – namentlich die lokalen und regionalen Politiker sowie die Repräsentanten der Industrie- und Handelskammer« waren und sind »treibende Kräfte und Wegbereiter grenzüberschreitender Regionsbildung«.<sup>130</sup> Die politische Sphäre als Träger der Zusammenarbeit hatte aber einen exklusivistischen Anspruch auf Form, Inhalt und Ziel der Euroregion, was ihre relativ starren und formalen Rahmenbedingungen erklärte. Führungskräfte aus Großunternehmen hingegen pflegten kaum grenzüberschreitende Kontakte. Als hinderlich erwiesen sich für sie insbesondere infrastrukturelle, politische, wirtschaftliche Faktoren, aber auch subjektive Elemente wie Wahrnehmung und Einstellung verschiedener Akteursgruppen.<sup>131</sup> Hier konnte auch der euroregionale Rahmen keine hinreichende Perspektive bieten, zumal diese Zielgruppe keine eigene Repräsentation in den Organen der DKMT hatte.

---

<sup>128</sup> *Convenție euroregională; The Role of Euroregions in Transfrontier Co-operation* 339, Anm. 188.

<sup>129</sup> *Citizen Participation and Accountability* 21.

<sup>130</sup> *Iara* 198.

<sup>131</sup> *Ebenda*, 189-190.

Die Eliten aus nichtstaatlichen Organisationen und der Wirtschaft können zwar seit der Restrukturierung der DKMT ohne Stimmrecht in den Einrichtungen der Euroregion mitarbeiten, aber »die Vertreter des ökonomischen Sektors und der Zivilgesellschaft spiel[t]en lediglich eine dekorative Rolle«. <sup>132</sup> Begründet wird dies mit ihrer fehlenden demokratischen Legitimation und dem Hinweis, zivilgesellschaftliche und ökonomische Vertreter seien bereits durch ihre lokalen politischen Vertreter im Präsidentenforum repräsentiert. Insgesamt ist die Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in den lokalen politischen Entscheidungsprozess in allen drei Ländern zu wenig ausgeprägt. So war im Untersuchungszeitraum beispielsweise für Ungarn feststellbar, dass »die Vertreter der lokalen Behörden oft das Gefühl haben, dass sie ein Mandat erhalten haben und autorisiert sind, die Gemeinden für vier Jahre zu kontrollieren. Sie befolgen formal die Regeln und Vorschriften, versuchen aber nicht, die Öffentlichkeit in das lokale öffentliche Leben und den Entscheidungsprozess einzubeziehen«. <sup>133</sup> Eine ähnliche Ausgangslage dürfte auch in Serbien bestanden haben, da hier – vor allem wegen der Kosovo-Problematik – eine Stärkung lokaler Einheiten gebremst, damit auch der Einfluss nichtstaatlicher Organisationen auf die Entscheidungsprozesse eingeschränkt wurde. Für Rumänien war insgesamt ähnliches zu konstatieren, auch wenn es Anzeichen für eine langsame Einbeziehung der Zivilgesellschaft gab: »Die NGOs üben Druck auf die Administration aus und fordern mehr Mitspracherechte. Gleichzeitig sind sich lokale und regionale Administrationen dessen bewusst, dass ihre Autorität abnehmen und herausgefordert werden könnte, wenn Bürger und Zivilgesellschaft von den Entscheidungsfindungsprozessen ausgeschlossen werden.« <sup>134</sup> Demzufolge war das Identifizierungspotential der Eliten aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich mit der Organisation der Euroregion wenig ausgeprägt, auch wenn sie den euroregionalen Gedanken durchaus befürworteten. Ihre Reduktion auf eine konsultative Funktion schloss sie aus dem Entscheidungsprozess aus, was eine teilweise negative Rezeption der grenzüberschreitenden Kooperation als Institution zur Folge hatte. Dennoch beteiligten sich gerade diese Eliten mit konstruktiver Kritik an der Arbeit der Euroregion, da sie als Mitglieder der Organe deren Mängel kannten und zugleich die Konzeption einer funktionsfähigen und tiefgreifenden Zusammenarbeit – unter Einschluss nichtstaatlicher Organisationen – verfolgten.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Perzeptionen auf der Elitenebene stark ausdifferenziert waren und entlang der Trennlinien zwischen Entscheidungsträgern – also der politisch-administrativen Ebene – und den zivilgesellschaftlichen Beratern – also den sozio-kulturellen und wirtschaft-

---

<sup>132</sup> *Branca*: Seven Barren Years, 88.

<sup>133</sup> *Nizak* 33.

<sup>134</sup> *Cernicova*: Empowering, 82. Zum Problem der Regionalisierung Rumäniens *Ghinea*.

lichen Eliten – erfolgten. Dabei stand offensichtlich die erste Gruppe für den administrativ-formalen Euroregions-Gedanken mitsamt seiner ökonomisch-politischen Einbindung in gesamteuropäische Zusammenhänge, während die zweite für einen ideell-praktischen und demokratisch-partizipatorischen eintrat. Diese zwar sich nicht widersprechenden, aber schwer koordinierbaren Auffassungen dominierten Arbeitsweise und Diskussion und verhinderten eine Verbesserung der Zusammenarbeit und Ausweitung der Arbeitsbereiche sowie der gesellschaftlichen Funktion der DKMT. Somit deckte sie kein breites Funktionsspektrum ab und erreichte nicht die angestrebte regionale Bedeutung.

Sichtbare Erfolge konnten im Bereich Wissenschaft, Unterricht und Kultur erzielt werden. Universitäten, Museen und kulturelle Einrichtungen in der Euroregion führten zahlreiche gemeinsame Projekte unter dem Dach der DKMT durch. Beispielsweise schlossen die Universitäten Szeged, Temeschwar und Novi Sad ein trilaterales Kooperationsabkommen, und im Juni 2005 wurde der erwähnte Verband für Umweltgesundheit und Umweltschutz der DKMT Euroregion gegründet. Museen aus Temeschwar und Novi Sad bearbeiteten ein gemeinsames Projekt zum Banat, und das Museum aus Novi Sad ein weiteres mit dem Szegeder Museum; auch Museen schlossen Kooperationsabkommen.<sup>135</sup> Diese institutionalisierten Formen der Zusammenarbeit bewegten sich zwar im Rahmen der Euroregion, wurden aber in den seltensten Fällen von ihr angestoßen, denn sie »hatte kein kohärentes und praktikables System legislativer Regelungen, das einen kulturellen Austausch hätte begünstigen, fördern oder entwickeln können«.<sup>136</sup> Durch Eigeninitiative ins Leben gerufen, existierten zahlreiche fortlaufende Veranstaltungen und kulturelle Feste in der Region, beispielsweise das *Fest der ethnischen Gruppen*. Oftmals wurden auch externe Organisationen wie die Stiftung Balkankult mit einbezogen, um eine größere Reichweite zu erzielen. Mit dieser Stiftung wurde auch ein Projekt zum Kulturtourismus in der DKMT initiiert, das von Fachkonferenzen begleitet wurde und aus dem zahlreiche weitere Projekte erwuchsen.<sup>137</sup> Mitfinanziert wurden solche Projekte auch von der European Agency for Reconstruction, die mit Serbien beispielsweise am 15. Mai 2006 vereinbarte, die Entwicklung thematischer Touristenrouten mit knapp 24.000 Euro zu unterstützen.<sup>138</sup>

Im Bereich des Minderheitenschutzes und der ungehinderten Kontakthaltung der Bevölkerungsgruppen über Staatsgrenzen hinweg etablierte sich die grenzüberschreitende Kooperation relativ schnell. Dieser Aspekt war für Ungarn wichtiger als für Rumänien und Serbien, denn es betrachtete die Euroregion aus der Perspektive der Administration und der Zivil-

<sup>135</sup> *Petsinis* 10, insbesondere Anm. 12.

<sup>136</sup> *Citizen Participation and Accountability* 23.

<sup>137</sup> *The Role of Euroregions in Transfrontier Co-operation* 321-322.

<sup>138</sup> *Formation of Thematic Tourist Route Groups in DKMT Euroregion*.



gesellschaft als ein Mittel, die Verbindungen mit den jenseits der Grenzen lebenden ungarischen Gemeinschaften zu stärken.<sup>139</sup> Damit befand sich diese Absicht auch innerhalb der Zielformulierung der Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen, die in ihrer Präambel festhielt: »Grenz- und grenzübergreifende Regionen sind damit Bausteine und Brücken im europäischen Einigungsprozess, für das Zusammenleben der europäischen Bevölkerungen einschließlich der Minderheiten. [...] Die Grenz- und grenzübergreifenden Regionen wollen und können einen wichtigen Beitrag zur möglichst breiten und intensiven Begegnung und Verknüpfung im Sinne einer europäischen Integration leisten, unter Wahrung ihrer reichen kulturellen Vielfalt. Die grenzübergreifende kulturelle Zusammenarbeit fördert auch das Verständnis für ethnische und nationale Minderheiten und die Notwendigkeit, Lösungen für deren Probleme zu finden.«<sup>140</sup>

In diesem Kooperationsfeld wurden – beeinflusst von nationalstaatlichen Annäherungen – erste Ergebnisse erzielt, allerdings beschränkt auf »kulturelle Kooperationen unter Einschluss ethnischer Minderheiten«,<sup>141</sup> die sich in grenzüberschreitenden oder an der Grenze trinational abgehaltenen Veranstaltungen manifestierten. Dabei war nicht die Euroregion die ausschlaggebende Akteursebene, sondern der jeweilige Nationalstaat; die DKMT konnte nur auf die sich ändernden gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen reagieren und die neu geschaffenen Möglichkeiten im regionalen Rahmen umsetzen. Die wichtigsten Vorbedingungen waren – neben den Nachbarschaftsverträgen – die bilateralen Verträge zum Schutz der Minderheiten zwischen Serbien-Montenegro und Rumänien (30. Oktober 2002) sowie zwischen Serbien-Montenegro und Ungarn (27. Dezember 2002). Dadurch wurde einem wichtigen Aspekt der euroregionalen Zusammenarbeit in Serbien-Montenegro die nationalstaatliche Unterstützung zuteil, die erst eine allmähliche Intensivierung der grenzüberschreitenden Aktivitäten in diesem Bereich ermöglichte. Die jugoslawische Regierung hatte nämlich im Mai 2001 die Rahmenkonvention des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten unterzeichnet, und das Parlament im Februar 2002 das Gesetz über den Schutz der Rechte und Freiheiten nationaler Minderheiten sowie die Verfassungscharta verabschiedet und die Menschenrechtscharta angenommen.<sup>142</sup> In diesem Zusammenhang war das Minderheitengesetz vor allem deswegen bedeutsam, da es den Minderheiten das Recht zusprach, »grenzüberschreitende Kontakte mit dem *kin-state* zu pflegen«.<sup>143</sup> Außerdem definierte das *Omnibus-Gesetz*

---

<sup>139</sup> Branea: Seven Barren Years, 89.

<sup>140</sup> Europäische Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen 3, 10.

<sup>141</sup> Ivan – Kiss – Novak 11.

<sup>142</sup> Bieber.

<sup>143</sup> Ebenda, 55. Ein *kin-state* ist ein Staat, der sich als *Mutterland* im Verhältnis zu den gleichnationalen Minderheiten betätigt.

im selben Monat die Kompetenzen der Autonomen Provinz Vojvodina und sprach den Provinzinstitutionen vor allem in den Bereichen Kultur, Bildung, Gebrauch der Minderheitensprachen, Umweltschutz, Wirtschaftsförderung, Wasserwirtschaft und Tourismus Entscheidungsbefugnisse zu.<sup>144</sup> Damit regelte es Bereiche der grenzüberschreitenden Kooperation, insbesondere die ungehinderte Kontakthaltung der Minderheiten über die Staatsgrenzen hinweg. Zudem trat die Vojvodina im November 2002 desselben Jahres offiziell der Versammlung der Regionen Europas bei, wodurch das regionale Element aufgewertet wurde. Die Unterzeichnung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen durch Serbien am 22. März 2005 stärkte die grenzüberschreitende Komponente, da sie am 1. Juni 2006 auch in Kraft trat. Rumänien hingegen, das sie am 17. Juli 1995 unterzeichnet hatte, hat bis Juli 2006 noch nicht einmal die Ratifizierung vollzogen, während die Charta in Ungarn bereits am 1. März 1998 in Kraft getreten war.

In der Wirtschaftsförderung und Infrastrukturverbesserung konnte die DKMT nur zu einem Teil die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen. Zwar kam es innerhalb des Kooperationsrahmens zu zahlreichen Treffen von Geschäftsleuten aus der Region, bei denen die Geschäftsverbindungen verbessert wurden; eine einheitliche ökonomische Entwicklungsstrategie im euroregionalen Rahmen war aber nicht feststellbar. Mangelnde finanzielle Ressourcen bei allen Beteiligten behinderten die Entwicklung von Ökonomie und Infrastruktur, zumal nur sehr geringe ausländische Direktinvestitionen in die Teilgebiete der Euroregion flossen. Sogar die besser entwickelten ungarischen Komitate waren vom Kapitalzufluss und Wissenstransfer weitgehend abgeschnitten, obwohl Ungarn in den 1990er Jahren und auch noch Anfang des neuen Jahrtausends ansonsten zu den beliebtesten Investitionsstandorten im östlichen Europa zählte.<sup>145</sup> Hinderlich war auch die Heterogenität der Euroregionsteile. Die ungarischen Komitate gehörten im binnenungarischen Vergleich zu den am schwächsten entwickelten und erbrachten 2002 lediglich 66,6 Prozent des durchschnittlichen inländischen Pro-Kopf-BIP, was einem Anteil von 36,6 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der 15 alten EU-Staaten entsprach. Im Gegensatz dazu waren die rumänischen Kreise im innerstaatlichen Vergleich mit am höchsten entwickelt, wenngleich sie nur auf einen Anteil von 25 Prozent des EU-Durchschnitts kamen. Auch die Vojvodina war im innerserbischen Vergleich mit am besten entwickelt, hatte aber mit 8,63 Prozent Pro-Kopf-BIP die geringste Leistung verglichen mit dem EU-Durchschnitt.<sup>146</sup> Unter diesen Voraussetzungen konnte auch die DKMT wenig direkten Einfluss auf die Strukturverbesserung nehmen. Der finanzielle

---

<sup>144</sup> *Brusis* 576-577; *Petsinis* 12.

<sup>145</sup> *Cross-Border Co-Operation Programme Hungary-Romania and Hungary-Serbia & Montenegro* 13.

<sup>146</sup> *Ebenda*.

Anstoß musste von außen kommen und erfolgte im Rahmen von Interreg IIIA- und PHARE CBC, wovon die DKMT indirekt profitierte.

Vom Jahr 1996 an – dem Beginn der PHARE-Förderung für die ungarisch-rumänische grenzüberschreitende Zusammenarbeit – bis 2003 wurden insgesamt 62 Millionen Euro PHARE-Förderung zugeteilt: Ungarn 34, Rumänien 28 Millionen. Diese Förderungen mussten durch nationale Mittel ergänzt werden, um die grenzüberschreitende Kooperation auszubauen. Die Förderung erfolgte in fünf Schwerpunktbereichen,<sup>147</sup> die ihre Entsprechung in den Zielen Euroregion fanden. Festzuhalten ist, dass die Förderung durch europäische Programme Projektcharakter hatte und schwerpunktartig angelegt war, ohne eine Gesamtentwicklungsstrategie aufzuzeigen. Die Fördermaßnahmen bezogen sich auch nicht ausschließlich auf den geographischen Raum der Euroregion, sondern umfassten alle an der ungarisch-rumänischen Grenze liegenden Komitate und Kreise, weshalb eine direkte Auswertung der finanziellen Hilfen kaum möglich ist. Nachfolgende Karte veranschaulicht das Interreg IIIA/PHARE-Fördergebiet für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Ungarn und Rumänien – hier auch unter Einschluss der nördlichen Komitate und Kreise, die nicht Teil der Euroregion DKMT sind – sowie Ungarn und Serbien-Montenegro.

---

<sup>147</sup> 1. Entwicklung der Infrastruktur und der Grenzübergänge; 2. ökonomische Entwicklung; 3. Entwicklung der Institutionen und der institutionellen Zusammenarbeit; 4. Entwicklung der Humanressourcen und der kulturellen Kooperation; 5. Umweltschutz und Wasserwirtschaft (ebenda, 20). Zu einzelnen geförderten Projekten siehe das rumänische Ministerium für europäische Integration: <http://www.mie.ro/index.php?p=160> (29. Juli 2008); VÁTI VÁTI Magyar Regionális Fejlesztési és Urbanisztikai Közhasznú Társaság [Ungarische Regionalentwicklung und Urbanistik e. V.]: <http://www.vati.hu/main.php?folderID=2066> (29. Juli 2008); Zu den PHARE CBC-Projekten für die an der Euroregion DKMT beteiligten Staaten Ungarn – Rumänien, Rumänien – Ungarn und Rumänien – Serbien-Montenegro siehe: [http://ec.europa.eu/enlargement/fiche\\_projet/index.cfm?page=411372&c=Cross-Border](http://ec.europa.eu/enlargement/fiche_projet/index.cfm?page=411372&c=Cross-Border) (29. Juli 2008).

Karte 2: Interreg IIIA/PHARE-Fördergebiete  
an der ungarisch-rumänischen und ungarisch-serbischen Grenze 2004-2006<sup>148</sup>



Für die Kooperation und Entwicklung der einzelnen Regionsteile war die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wichtig, denn »der Bau bzw. Ausbau der Straßen, Eisenbahnverbindungen, Flughäfen sowie der Schifffahrtswege und Häfen ist für Grenz- und grenzübergreifende Regionen, die heute noch unter ihrer national und oft auch europäisch peripheren Randlage zu leiden haben, von wesentlicher Bedeutung. Dadurch werden erst die notwendigen Voraussetzungen für die grenzübergreifende Zusammenarbeit geschaffen«. <sup>149</sup> Diese Feststellung galt insbesondere für die DKMT, weil hier die Infrastruktur relativ schlecht entwickelt war. Dies stellte ein ernst zu nehmendes Hindernis für ökonomische Entwicklung

<sup>148</sup> Cross-Border Co-Operation Programme Hungary-Romania and Hungary-Serbia & Montenegro 8.

<sup>149</sup> Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen 8.

und grenzüberschreitende Kooperation dar, war doch die Anbindung der Region an die nationalen und internationalen Wirtschaftsräume behindert. Zudem war die Donau durch die Zerstörung mehrerer Brücken infolge der Bombardements der NATO als Regionen übergreifende und internationale Binnenwasserstraße nicht mehr vollständig nutzbar.<sup>150</sup> Eingebunden in den EU-Erweiterungsprozess und finanziert über verschiedene Fördermittel<sup>151</sup> erzielte die euroregionale Kooperation zahlreiche Erfolge, auch wenn sie nicht direkt gefördert wurde. Beteiligt an den nationalen Entwicklungsplänen zum Ausbau der Grenzübergänge, Straßen- und Schienennetze sowie in die gesamteuropäische Politik des transeuropäischen Verkehrsnetzes,<sup>152</sup> konnte die Euroregion indirekt profitieren und einige euroregionale Ziele erfüllen. So wurde in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in Ungarn das Autobahnnetz weiter ausgebaut und die Autobahn M5 bis in das ungarische Gebiet der Euroregion verlängert. Bis März 2006 erfolgte schließlich ihr endgültiger Ausbau bis zur Ortschaft Röszke an der serbischen Grenze, so dass auf ungarischer Seite der Ausbau einer der wichtigsten Verkehrsachsen in der Region abgeschlossen wurde. Sie verband die zwei Komitatshauptstädte Kecskemét und Szeged; Szolnok und Békéscsaba, Hauptstädte der beiden anderen ungarischen Komitate der Euroregion, sollen bis 2015 durch Schnellstraßen angebunden werden. Durch diese Maßnahmen wird die regionale Infrastruktur deutlich aufgewertet. Die Autobahn M5 bis Szeged<sup>153</sup> ist zugleich Bestandteil der Pan-Europäischen Verkehrskorridore IV und X, wobei die nach Serbien verlaufende Route zum Korridor X gehört. Auf serbischer Seite verläuft als Verlängerung eine Autobahn beziehungsweise autobahnähnliche Straße über Novi Sad nach Belgrad weiter und ist Teil der verkehrsinfrastrukturellen Anbindung der Vojvodina an den ungarischen Euroregionsteil und den Korridor X. Im Rahmen europäischer Förderprogramme wird auch diese Verkehrsachse als Branch B des Verkehrskorridors X grundlegend renoviert. Die Arbeiten an der 176 Kilometer langen Strecke sollen bis 2009 abgeschlossen werden.

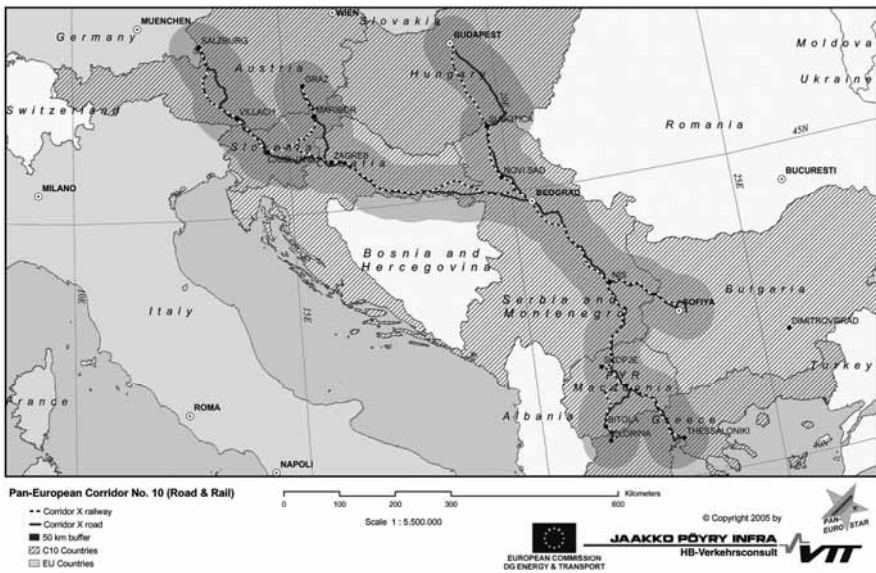
---

<sup>150</sup> *Ragovac* 12-14.

<sup>151</sup> Neben den nationalen Budgets waren es vor allem EU-Mittel (TEN-T, ERDF [European Regional Development Fund], INTERREG III, ISPA [Instrument for Structural Policies for Pre-Accession], PHARE, CARDS [Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation], TACIS) sowie Mittel der EIB (European Investment Bank), der EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) und der Weltbank. Zur Finanzierung *EG Nr. 2236/95; EG Nr. 1655/1999*.

<sup>152</sup> *Transeuropäisches Verkehrsnetz*.

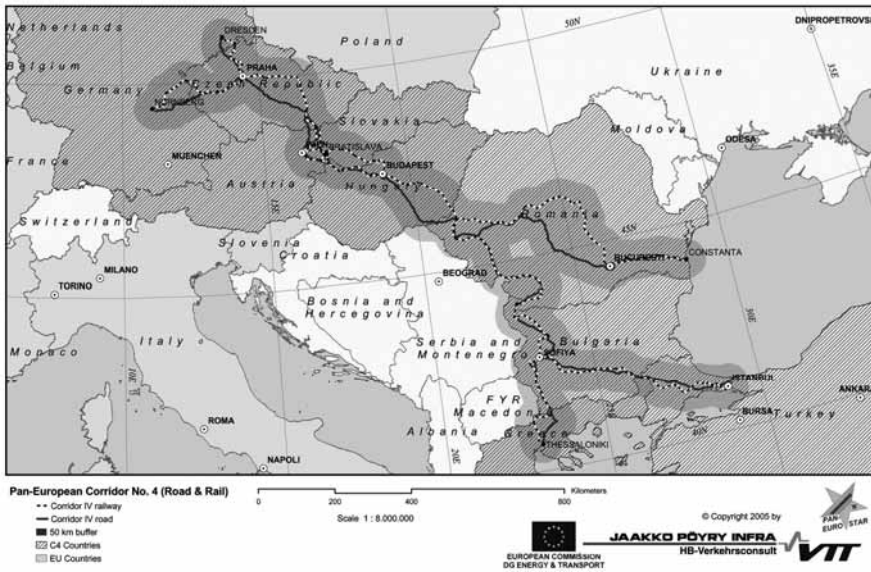
<sup>153</sup> Zu den infrastrukturellen Vorteilen von Szeged *Tráiser* 180-192.

Karte 3: Pan-Europäischer Verkehrskorridor X<sup>154</sup>

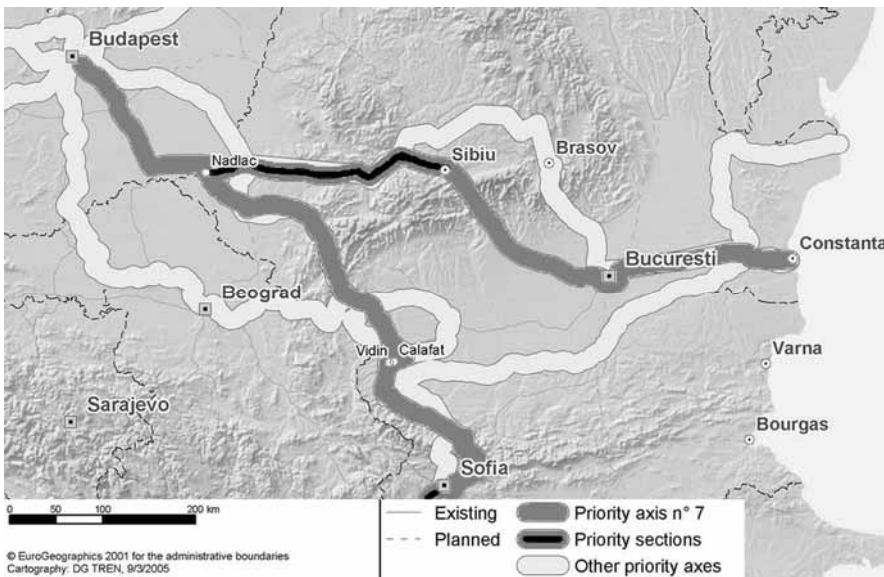
Das verkehrstechnische Zusammenrücken der ungarischen und rumänischen Euroregionsteile steht noch aus, ist aber Bestandteil der Ausbaupläne des Verkehrskorridors IV. Der Ausbau der ungarischen Autobahn M43 Richtung Rumänien bis zur Staatsgrenze soll bis 2015 vollendet werden. Auf rumänischer Seite wird voraussichtlich Mitte 2008 mit dem Autobahnbau vom ungarisch-rumänischen Grenzübergang Nädlac (*Nagyalak*) über Arad nach Temeschwar begonnen; die Arbeiten sollen 2011 abgeschlossen werden. Dadurch werden nicht nur die zwei wichtigsten rumänischen Städte der Euroregion mit modernen Verkehrswegen verbunden, sondern auch die Infrastruktur der gesamten Euroregion erheblich verbessert. Der regionalen Zusammenarbeit kommt die gesamteuropäische Verkehrswegeplanung zugute, die jene Teilstücke des regionalen Straßennetzes als vorrangig betrachtet, die zugleich das strukturelle Rückgrat der Region bilden. So ist ein bedeutender Teil der regionsinternen Hauptverbindungsstraßen nicht nur im Pan-Europäischen Verkehrskorridor IV enthalten, sondern auch in der Autobahnachse Igoumenitsa/Patra – Athen – Sofia – Budapest, die als Projekt Nr. 7 hohe Priorität genießt. Somit rücken die Hauptzentren der regionalen Kooperation durch verkehrstechnische Erschließung näher zusammen.

<sup>154</sup> PAN-EUROSTAR 142.

Karte 4: Pan-Europäischer Verkehrskorridor IV<sup>155</sup>



Karte 5: Autobahnachse Igoumenitsa/Patra – Athen – Sofia – Budapest<sup>156</sup>



<sup>155</sup> Ebenda, 58.

<sup>156</sup> Original unter <http://ec.europa.eu/ten/transport/maps/doc/axes/pp07.pdf> (29. Juli 2008).  
 Bearbeitung durch den Verfasser.

Das Problem unangemessen ausgestatteter Grenzübergänge überschattete aber das Bild des infrastrukturellen Fortschritts. Die Wartezeiten zum Grenzübertritt waren im gesamten Korridor IV mit Abstand die höchsten. Dies war auf hohes Verkehrsaufkommen, fehlende Einrichtungen und Personalkapazitäten, bürokratische Hemmnisse, »Zahlung von ›zusätzlichen Gebühren‹ [und] von Menschen verursachte Schwierigkeiten«<sup>157</sup> zurückzuführen. Diese Hindernisse können zum Teil durch erhöhte Investitionen beseitigt werden, andere wiederum setzen politisch-rechtliche Veränderungen voraus. Der Beitritt Ungarns zum Schengener Durchführungsabkommen am 21. Dezember 2007 erweist sich für die grenzüberschreitende Kooperation als hinderlich, obwohl gerade die Erleichterung des Grenzverkehrs eines der wichtigsten Ziele ist. Lediglich bei der Etablierung neuer Grenzübergänge, die tatsächlich eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erbrachte, sind Erfolge sichtbar. Die Anzahl der Grenzstationen wurde im Kooperationszeitraum deutlich erhöht, so dass heute auch der kleine Grenzverkehr zumindest infrastrukturell gewährleistet ist.

Neben dem Straßenverkehr spielen vor allem die Eisenbahnverbindungen eine große Rolle für das ökonomische Wachstum. Die Korridore IV und X verdeutlichen die hervorgehobene Stellung des Schienenverkehrs im gesamteuropäischen Konzept supranationaler Verkehrsplanung. Modernisierungsvorhaben wurden ebenso wie für die Straße in die Wege geleitet, denn das ungarische Schienennetz gilt als besonders »arm [und] mit einem niedrigen Wartungsstand«,<sup>158</sup> somit als Flaschenhals im europäischen Eisenbahnnetz. Hauptziel der Investitionen im Korridor IV<sup>159</sup> ist die Erneuerung des veralteten Schienennetzes, um in Ungarn und Rumänien höhere Fahrgeschwindigkeiten und ein größeres Verkehrsaufkommen erreichen zu können. Mit dem vorrangigen EU-Projekt Nr. 22 sollen Fahrgleise modernisiert und ausgebaut werden, denn zu Projektbeginn existierten in beiden Staaten keine Strecken, die höhere Geschwindigkeiten zuließen. Im rumänischen Regionsteil war die Strecke zwar zweigleisig, elektrifiziert und in gutem Zustand, aber für ein zu geringes Tempo ausgelegt. Durch einen Neubau sollen Geschwindigkeiten von etwa 160 km/h erreicht werden, um die Achse Athen – Sofia – Budapest – Wien – Prag – Nürnberg/Dresden zu verbessern.<sup>160</sup>

---

<sup>157</sup> PAN-EUROSTAR 76. Diese zusätzlichen Gebühren sind als Bestechungsgeld zu verstehen, während der Hinweis auf »von Menschen verursachten Schwierigkeiten« wohl persönlich motivierte Willkür bei der Abfertigung andeuten soll.

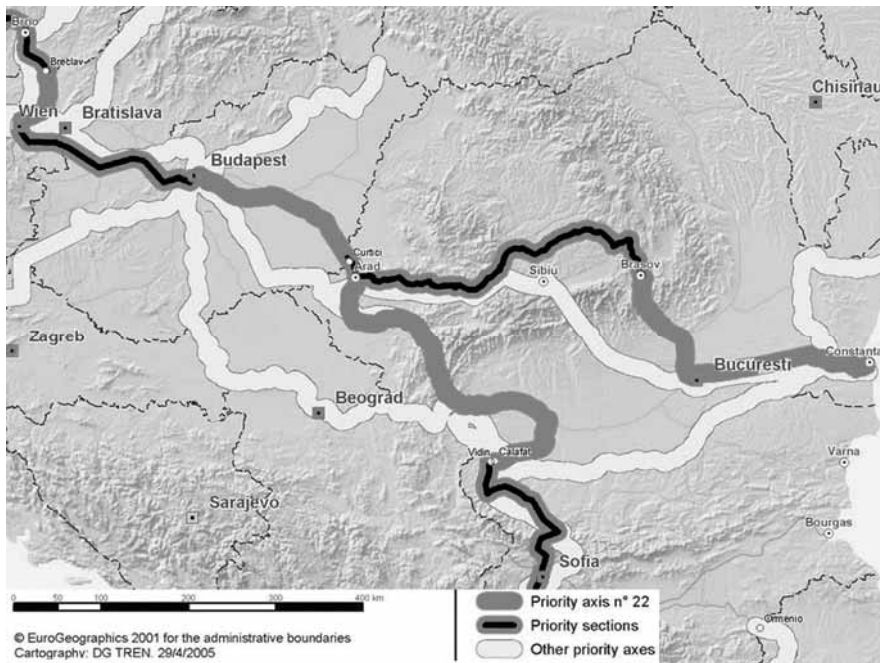
<sup>158</sup> Ebenda, 153.

<sup>159</sup> Zur Route der Bahnstrecke in Korridor IV siehe Karte 4.

<sup>160</sup> *Transeuropäisches Verkehrsnetz* 54-55.



Karte 6: EU-Projekt Nr. 22: Eisenbahnachse  
Athen – Sofia – Budapest – Wien – Prag – Nürnberg/Dresden<sup>161</sup>



Im Korridor X war zu Projektbeginn das ungarische Bahnnetz sehr schlecht ausgebaut und hatte zu 95 Prozent eingleisige Verbindungen. Auch auf serbischer Seite war die Fortsetzung des Schienenwegs zu 97,6 Prozent eingleisig, weshalb diese Eisenbahnlinie als ein weiterer Flaschenhals galt.<sup>162</sup> Ein funktionsfähiger Regionalverkehr existierte nicht, jedoch gab es Bestrebungen aus der Region, zumindest die Großstädte erneut zu verbinden; man erinnerte sich an das gut ausgebaute Schienennetz des Banats im 19. Jahrhundert.<sup>163</sup> Diese Wiederentdeckung der Eisenbahn ist darauf zurückzuführen, dass das Passagieraufkommen seit Ende der 1990er Jahre stetig zunimmt und ein weiteres Anwachsen prognostiziert wird.<sup>164</sup>

Schließlich haben für die regionale Wirtschaft und Kooperation – aber auch für die nationalen Ökonomien – die Wasserwege eine besondere Bedeutung. Die Donau als europäische Wasserstraße fand auch Eingang in die europäischen Planungen als Korridor VII, wobei im serbischen Teil der

<sup>161</sup> Original unter <http://ec.europa.eu/ten/transport/maps/doc/axes/pp22.pdf> (29. Juli 2008). Bearbeitung durch den Verfasser.

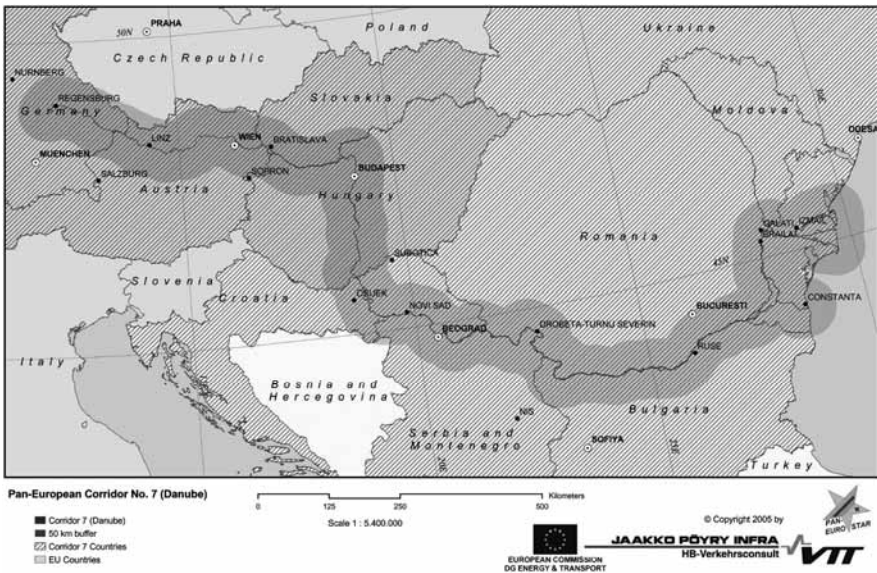
<sup>162</sup> PAN-EUROSTAR 153-155. Zur Route im Korridor X siehe Karte 3.

<sup>163</sup> Szakács 30-31; Tanács: Orient Expressz, 26-29.

<sup>164</sup> Siehe das Projekt der EU-Kommission TEN-STAC Part II, 194.

Euroregion anfänglich vor allem die Wiederherstellung ihrer Befahrbarkeit im Zentrum stand. Infolge des NATO-Bombardements im April 1999 waren in Novi Sad drei Donaubrücken zerstört worden; Trümmer, dann Behelfs-Pontonbrücken behinderten den Schiffsverkehr. »Die sich daraus ergebende Unterbrechung der Schifffahrt auf der Donau hat zu schwerwiegenden wirtschaftlichen und ökologischen Folgen für die gesamte Region und insbesondere für sämtliche Anrainerstaaten geführt.«<sup>165</sup> Dafür zahlte die EU an den von der Donaukommission eingerichteten Internationalen Fonds für die Wiederschiffbarmachung der Donau bis zu 85 Prozent der geschätzten Kosten. Im Oktober 2005 wurden mit der Einweihung der Sloboda-Brücke in Novi Sad das letzte Hindernis der Schiffbarkeit der Donau beseitigt und sowohl Serbien als auch die Vojvodina wieder in den Wasserverkehrsweg eingegliedert.<sup>166</sup> Weitere Investitionsmaßnahmen betrafen den Aufbau geeigneter Verladehäfen in Serbien, das eines der wenigen Länder ohne Terminals für intermodalen Transport war. Diese erfolgten im Rahmen des Pan-Europäischen Korridors VII, wobei besonderes Augenmerk auf eine Verbindung mit Korridor IV und X gelegt wurde, um nicht nur überregional, sondern auch regional positive Effekte zu erzielen.<sup>167</sup>

Karte 7: Pan-Europäischer Verkehrskorridor VII<sup>168</sup>



<sup>165</sup> *Beschluß 45-46.*

<sup>166</sup> *Annual Report to the European Parliament and the Council 8.*

<sup>167</sup> *The Danube as European Lifeline 4.*

<sup>168</sup> *PAN-EUROSTAR 111.*

Die Donau durchfließt beziehungsweise tangiert das Komitat Bács-Kiskun, wo in Baja ein intermodal<sup>169</sup> ausgebauter Hafen liegt, die Vojvodina und den Kreis Caraş-Severin. Wichtig sind auch die anderen namensgebenden Flüsse der Euroregion sowie die künstlichen Kanäle zwischen den Wasserstraßen. Die Theiß, im Pan-Europäischen Korridor VII nur in der Vojvodina im 50-Kilometer-Puffer gelegen, ist auch für die ungarischen Euroregionsteile wichtig, zumal Szeged über einen weitgehend ausgebauten Hafen für kombinierten Verkehr verfügt. Die Theiß ist auch Teil des Leitschemas transeuropäischer Verkehrsnetze (Moyen-Danube-Tisza I<sup>170</sup>), und die Nachfrage aus den Nachbarstaaten sowie der EU nach ihrer internationalen Schifffbarkeit steigt stark an, so dass ihr Ausbau und die Sicherstellung des kontinuierlichen Zugangs zur Kreisch zur vorrangigen Aufgabe wurde.<sup>171</sup>

Karte 8: Binnenwasserstraßen in Ungarn und der Euroregion<sup>172</sup>



Neben diesen natürlichen Wasserstraßen hat das weitläufige Kanalsystem eine hohe infrastrukturelle Bedeutung, zumal die kleineren Kanäle eher die regionalen als internationalen Verbindungen stärken und daher für kleinräumigen Zielsetzungen dienen. Der Donau-Theiß-Kanal, schiffbar für kleinere Schiffe und Szegeds Verbindung zum transeuropäischen Korridor VII, ist regional ebenso wichtig wie der Bega-Kanal, der Temeschwar für dieselbe Verkehrsachse wieder erschließen soll. Seine Wiederinstand-

<sup>169</sup> Kombination unterschiedlicher Verkehrsträger wie Straßen-, Wasser- oder Schienenverkehr, um die besonderen Vorzüge zu vereinen.

<sup>170</sup> [http://ec.europa.eu/ten/transport/maps/schema\\_en.htm](http://ec.europa.eu/ten/transport/maps/schema_en.htm) (29. August 2008).

<sup>171</sup> *Transport Infrastructure Development in Hungary 13; Towards a River Basin Management Plan.*

<sup>172</sup> *Transport Infrastructure Development in Hungary 12.*

setzung und Kapazitätserweiterung ist für Temeschwar bedeutend, wie schon die Entwicklungsstrategie der Stadt 1999/2000 hervorgehoben hat.<sup>173</sup> Ob jedoch die Wiederaufnahme des seit 1981 ruhenden Schiffverkehrs<sup>174</sup> größeren ökonomischen Nutzen durch erweiterte Transportmöglichkeiten bringt, ist fraglich, zumal regionale Schwerpunktinvestitionen die Donau, die Theiß und die Marosch betreffen.<sup>175</sup> Eine Restauration der alten Wasserstraßen könnte aber auf Umweltschutz und Tourismusförderung positive Wirkungen entfalten und dem Kleinhandel neue Perspektiven eröffnen. Größere finanzielle Einnahmen sind jedoch nicht zu erwarten.

Die luftverkehrstechnische Anbindung der Region ist relativ schwach, nur in Arad, Temeschwar und Novi Sad gibt es internationale Flughäfen mit entsprechender Infrastruktur, wobei allein Temeschwar regionale Bedeutung zukommt. Zwar bemühten sich Arad und Szeged um Einrichtung eines entsprechend ausgestatteten internationalen Flughafens, doch dies brachte nur einen fruchtlosen Wettstreit vor allem zwischen den rumänischen Kreisen und führte den Kooperationsgedanken ad absurdum. Die Bedeutung der Regionalflughäfen war im Untersuchungszeitraum gering und wurde von den regionalen Akteuren überschätzt.<sup>176</sup>

Festzuhalten ist, dass sich der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur mit Hilfe nationaler und internationaler Fördermittel einerseits positiv auf die Entwicklung der Gesamtregion auswirkte, indem die Zentren von einer schnelleren Erreichbarkeit profitierten. Andererseits bestand und besteht durchaus die Gefahr, dass die internationalen Verbindungen, umgesetzt anhand pan-europäischer Korridore, die Grenzregionen nur zu Transitzonen machen und so den innerregionalen Zusammenhalt schwächen. »Beim Bau bzw. Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist deshalb auf die Interessen der Menschen, die in diesen grenzübergreifenden Gebieten leben, sowie auf die Erfordernisse des gemeinsamen Umwelt-, Natur- und Landschaftschutzes Rücksicht zu nehmen. Solche großen Verkehrsinfrastrukturprojekte dürfen deshalb nur unter gleichberechtigter Beteiligung der betroffenen Grenz- und grenzübergreifenden Regionen verwirklicht werden.«<sup>177</sup> Die innerregionale Anbindung sollte entsprechend gemeinsamer, grenzübergreifender raumordnerischer Strukturvorstellungen erfolgen, diese fehlten aber im Untersuchungszeitraum. Zwar wurde immer wieder die Schließung grenzübergreifender Verkehrsinfrastrukturlücken – den *missing links* – zwischen regionalen, nationalen und transeuropäischen Achsen

---

<sup>173</sup> Die erwähnte Entwicklungsstrategie siehe beim Bürgermeisteramt der Stadt unter: <http://www.primariatm.ro/index.php?menuId=28&viewCat=677> (29. Juli 2008); *Cernicova: Partnership*, 56-59.

<sup>174</sup> *Tanács: Zsilip*, 36-38.

<sup>175</sup> *Cross-Border Co-Operation Programme Hungary-Romania and Hungary-Serbia & Montenegro* 36.

<sup>176</sup> *Iara* 186.

<sup>177</sup> *Aktionsprogramm zur Umsetzung der Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen* 8.

und Netzen angemahnt, diese Hinweise konnten aber angesichts fehlender eigener Finanzmittel und übergeordneter nationaler Investitionsmaßnahmen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Lediglich bei der Errichtung neuer moderner Grenzübergangsstationen wurden die regionalen Erfordernisse umgesetzt, da sie mit den nationalen harmonierten. Für die zukünftige Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist eine koordinierte Entwicklungs- und Investitionspolitik notwendig, durch die ein innerregionaler Wettbewerb um die Ansiedlung von Industrien gemildert und der Aufbau kostspieliger Doppelstrukturen vermieden wird.

#### *Analyse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im europäischen Kontext*

Die der Gründung der Euroregion Donau-Kreisch-Marosch-Theiß vorangegangenen Hindernisse beeinträchtigten nicht nur deren Etablierung, sondern auch ihre spätere Arbeit. Die stark zentralistische Ausrichtung Rumäniens, Serbiens und leicht abgeschwächt auch Ungarns, legte ihren Schatten auf die regionale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Anstatt sie aktiv zu fördern, verhielten sich die Administrationen in den Hauptstädten bestenfalls neutral, meist aber lehnten sie die Ausbildung regionaler Zentren ab. Aber gerade diese sind für regionale Kooperationen ebenso unerlässlich, wie ein Staat, der als Vermittler und Koordinator in Fragen der subnationalen Politik auftritt.<sup>178</sup> Obwohl die historischen Voraussetzung für die Zusammenarbeit positiv zu bewerten waren und auch von regionalen Vertretern als hilfreich betrachtet wurden, erwiesen sie sich auf nationalstaatlicher Ebene eher als ein Gegenargument. Hinzu kam die Frage der Minderheiten, deren Schutz besonders für Ungarn wichtig war, aber Ungarns Eintreten wurde von den beiden anderen Staaten anfangs als Einmischung in die inneren Angelegenheiten bewertet. Auch die militärischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien und dessen darauffolgende politische Isolierung wirkten sich negativ auf die Ausbildung notwendiger Netzwerkstrukturen aus. Hinderlich waren auch die unterschiedlichen politisch-ökonomischen Entwicklungsniveaus, die in der Euroregion zusammengefasst werden sollten. Ergänzt durch nationale und regionale Selbstbezogenheiten waren die Ausgangsbedingungen der Euroregion aus externer Perspektive wenig vielversprechend. Deutlich wurde dies in der sehr langen Vorbereitungszeit, was allerdings nicht den regionalen Vertretern anzulasten ist, sondern der Gesamtkonstellation. Dementsprechend widerspiegelte die Euroregion nach ihrer Gründung mehr den Kooperationswillen lokaler Vertreter, als ein schlüssiges Kooperations- und Netzwerkkonzept mit realistischer Planung. Dies verdeutlicht auch das Kooperations-

---

<sup>178</sup> Downs 176.

protokoll, das zwar zahlreiche Ziele formulierte, aber kein klares Konzept zu Finanzierung, Implementierung und gesellschaftspolitischer Verankerung enthielt. Dies war einerseits auf die mangelhafte Finanzausstattung der Gebietskörperschaften zurückzuführen, zeigte andererseits aber auch die fehlende Erfahrung mit regionalen oder grenzüberschreitenden Kooperationen. Zur Finanzierung konnten auch keine nennenswerten nationalstaatlichen Mittel einbezogen werden, womit das trinationale Netzwerk weitgehend auf externe Förderung angewiesen war. Ohne diese wäre wohl überhaupt keine fassbare Kooperation zustande gekommen.

Analysiert man die DKMT in ihrer Anfangsphase unter dem Netzwerkaspekt, so wird deutlich, dass ihr derjenige Handlungsspielraum fehlte, der funktionsfähige und dauerhafte Netzwerke auszeichnet. Wesentliche Eigenschaften derartiger (sozialer) Netzwerke sind nämlich, dass sie vorwiegend informell, dezentralisiert und in ihren Beziehungen horizontal und symmetrisch sind. In der DKMT konnten aber keine informellen Beziehungen entstehen, da die maßgeblichen Akteure Teil der formalen Sphäre, also politisch-administrative Vertreter waren. Dies änderte sich erst mit der Restrukturierung der Euroregion und der engeren Einbeziehung nichtstaatlicher Organisationen im Jahr 2003, die weniger formellen Netzwerkstrukturen den Weg ebneten. Bis dahin aber konnten die Akteure insbesondere in Rumänien und Serbien wegen des Alleinvertretungsanspruch der Staaten kaum aktiv und eigenverantwortlich Kooperationen mit nachbarstaatlichen Akteuren eingehen. Dies schränkte den Aspekt des Dezentralen stark ein, da lokale Eliten aus Administration und Politik selbst dann nationalstaatliche Interessen im Blick behalten mussten, wenn sie lokalen Bedürfnissen zuwiderliefen. Erst mit der Lockerung dieser rigiden Haltungen wurde ein Netzwerkaufbau möglich. Auch war eine Beziehungssymmetrie nicht gegeben, da unterschiedliche Entscheidungskompetenzen die grenzüberschreitende Koordination zumindest erschwerten.

Mit der oben beschriebenen Konstituierung der Euroregion wurde ein *Netzwerk mit starken Beziehungen* geschaffen, da vor allem die politisch-administrativen Vertreter die Zusammenarbeit trugen. »Starke Netzwerkbeziehungen erleichtern zwar den Informationsaustausch, fördern andererseits aber ›Filz und Seilschaften‹ und lassen ›strukturelle Löcher‹ entstehen. [...] Netzwerke mit ›starken‹ Beziehungen sind geprägt durch Akteure, die in ihren Einstellungen, Wertungen, in ihrer Bildung und Ausbildung sowie ihrem sozialen Status sehr ähnlich sind.«<sup>179</sup> Dies galt auch für die DKMT. Der Informationsaustausch funktionierte innerhalb der Akteursgruppe gut, da alle Beteiligte den politisch-administrativen Eliten angehörten, die nicht zuletzt durch räumliche Nähe und zahlreiche Sitzungen in wechselseitiger Verbindung standen und auch jenseits der DKMT von Amts wegen Berührungspunkte hatten. Als problematisch erwies sich die Fixierung auf diese

---

<sup>179</sup> Genosko 2.

Akteursebene, denn gerade diese Gemeinsamkeiten behinderten das Eindringen neuer Ideen, so dass eine Zeit lang kein Modernisierungsprozess in Gang kam.<sup>180</sup> Dadurch entstanden im anfänglichen Kooperationsverlauf um die Akteure strukturelle Lächer, die sich in der geringen öffentlichen Resonanz der Euroregion und der Abschottung gegenüber neuen Ideen zeigte. Da gerade diese für das Gelingen einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unerlässlich sind, wurde die Zusammenarbeit als ineffektiv rezipiert.

Anders als staatliche Akteure tendieren nichtstaatliche Organisationen eher zum Aufbau von Netzwerken mit schwachen Beziehungen,<sup>181</sup> da sie meist auch soziale Netzwerke sind. Diese wiederum eliminieren die Abschottungstendenzen ganzer Netzwerke oder einzelner Akteure und sind offener für Innovation. Zugleich haben sie den Nachteil kommunikativer Schwierigkeiten, auch wenn gerade sie über selten kodifiziertes und dokumentiertes Wissen über das Netzwerk und seine Arbeitsweise verfügen. Mit der ansatzweisen Einbeziehung nichtstaatlicher Organisationen wurde die Netzcharakteristik dahingehend verbessert, dass die »Stärke der schwachen Beziehungen«<sup>182</sup> in den Arbeits- und Entscheidungsprozess einbezogen wurde. Dies überbrückte die strukturellen Nachteile des starken Netzwerks und bereitete dem Eindringen *guter Ideen* den Weg.<sup>183</sup> Diese *guten Ideen* zeigten dann erste Erfolge in den erweiterten Arbeitsfeldern, einer größeren Veranstaltungsdichte und der daraus resultierenden Öffentlichkeitswirksamkeit. Dies wiederum führte zu einer positiveren Haltung der administrativen Zentralen, die nun in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eher ein struktur-, wirtschafts- und kulturpolitisches Phänomen sehen als ein nationalpolitisches, das es zu verhindern gilt.

Regionale Netzwerke sollen per definitionem Synergieeffekte generieren, Lerneffekte auslösen und insgesamt »Ressourcen leichter [...] mobilisieren und [...] poolen«.<sup>184</sup> Bei der DKMT sind diese Zielsetzungen auch im Gründungsprotokoll erkennbar. Problematisch ist jedoch, dass alle Regionsteile einen hohen bis sehr hohen Bedarf an ökonomischer und infrastruktureller Innovation bei gleichzeitig knappen Ressourcen haben. Zudem ist die Euroregion polyzentrisch, so dass mehrere Zentren sowohl in innerstaatlicher als auch in euroregionaler Perspektive um Finanzmittel konkurrieren. Damit stehen natürlich nicht Synergien im Vordergrund, sondern die Entwicklung des eigenen Zentrums. Es fehlt eine entsprechende Schiedsstelle, da einerseits horizontale Netzwerke über kein Entscheidungszentrum verfügen, andererseits die transnationale Konstellation eine entscheidungsbefugte Zentrale behindert. Entschärft wird dieses Problem

---

<sup>180</sup> Dies kritisierte auch der Bericht *Citizen Participation and Accountability*.

<sup>181</sup> *Granovetter*.

<sup>182</sup> *Ebenda*.

<sup>183</sup> *Burt*.

<sup>184</sup> *Genosko* 3.

nur dann, wenn die Euroregion als Einheit auftritt, um bei Projektanträgen Mittel für die Euroregion zu erhalten, beispielsweise bei der EU oder anderen internationalen Organisationen. Im nationalen oder regionalen Wettbewerb dürfte nach wie vor die eigene Verwaltungseinheit der grenzüberschreitenden Kooperation vorgezogen werden.

In der Euroregion gibt es kaum komplementäre Produktionen, deren Transaktionskostenvorteile in der euroregionalen Zusammenarbeit höher sind, als im nationalen Vergleich. Deshalb hat dieses Element der Netzwerkbildung keine große Bedeutung. Deutlich wird dies daran, dass vor allem der Kleinhandel von der grenzüberschreitenden Kooperation profitiert, während größere Unternehmen eher im nationalen und internationalen Maßstab agieren. Daher kam es auch zu keiner staatenübergreifenden Clusterbildung durch Wirtschaftsunternehmen, welche die regionale Kooperation in der sozioökonomischen Sphäre hätten verankern können. Lediglich für den Arbeitsmarkt kommen solche Vorteile zum Tragen und manifestieren sich in einer grenzüberschreitenden Arbeitssuche. Hier spielen jedoch Sprachbarrieren eine große Rolle, so dass gegenwärtig hiervon nur die ungarische Bevölkerung profitiert. Neben den raumstrukturellen Voraussetzungen spielen auch die unterschiedlichen nationalen Entwicklungsstände und politisch-ökonomischen Entfernungen zur EU eine Rolle. Zunächst beeinflussten unterschiedliche Beitrittsperspektiven den regionalen Prozess und führten immer wieder zu Schwerpunktverlagerungen. Bestand während der ersten Phase – der serbischen Isolation – hauptsächlich eine ungarisch-rumänische Kooperationsachse, erweiterte sie sich nach der Rückkehr Serbiens auf die internationale politische Bühne kurzzeitig zu einem nahezu gleichschenkligen Kooperationsdreieck, um dann nach der Aufnahme Ungarns in die EU auf einen rumänisch-serbischen Akzent zurückzufallen. Nach dem EU-Beitritt Rumäniens erhielt sie erneut zu Lasten Serbiens einen ungarisch-rumänischen Fokus. Diese von außen induzierten Verschiebungen behindern den regionalen Gesamtzusammenhang. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die europäische Integration der beiden euroregionalen Partnerstaaten positiv auf Serbien wirkt.

Neben diesen strukturellen und netzwerkbedingten Hindernissen spielten auch die regionalen Eliten zumindest in der Anfangsphase der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine eher geringe Rolle. Nur ein kleiner Teil war in den ersten Jahren aktiv am Aufbau der trinationalen Beziehungen beteiligt. Zudem war die »Regionsbildung auf Wahrnehmungsebene [...] nur sehr eingeschränkt gegeben. Das historische Erbe aus der Zeit der Österreichisch-Ungarischen Monarchie inklusive der zum Teil ethnisch heterogenen Siedlungsstruktur sowie das Bewußtsein der Ähnlichkeiten der naturräumlichen Ausstattung bilden die einzige Grundlage für die Wahrnehmung einer grenzüberschreitenden Raumeinheit«. <sup>185</sup> Zwar

---

<sup>185</sup> Iara 197.



entstand der Eindruck, dass mit der Einbeziehung nichtstaatlicher Organisationen diese anfänglich fehlende sachliche Kooperationsgrundlage verbessert wurde, jedoch stehen hierzu keine empirische Daten zur Verfügung. Dennoch ist zu erwarten, dass der Kooperationsdruck zunehmen wird, um im europäischen Wettbewerb der Regionen bestehen zu können. Hilfreich sind in diesem Prozess die Anforderungen der EU an die Mitgliedsstaaten sowie ihre Fördermaßnahmen, die neben der historischen Grundlage auch neue Elemente in die Wahrnehmung der grenzüberschreitenden Raumeinheit einbringt. Am deutlichsten erkennbar ist dies an den infrastrukturellen Maßnahmen in der Region, die zwar einen gesamt-europäischen Fokus haben, aber nichtsdestotrotz eine Raumwirksamkeit entfalten, die geeignet ist, den geographischen Raum gewissermaßen als Einheit zu betrachten. Dadurch könnte die DKMT weiterhin positive Impulse erhalten, da die Verkehrsinfrastruktur im regionalen Maßstab die Netzwerkbildung fördert.

Legt man der Untersuchung der DKMT eine SWOT-Analyse<sup>186</sup> zugrunde, so kristallisieren sich auch nach dieser Methode die genannten positiven und negativen Faktoren heraus. Dabei ist allerdings zu beachten, dass sich die SWOT-Ergebnisse je nach Kooperationspaarung in der Dreierkonstellation unterscheiden können.<sup>187</sup> Die Existenz von Minderheiten erweist sich in dieser Analyse als nicht zwangsläufig negativ, sondern vor dem Hintergrund von Bildung, Wissenschaft und Kultur als positives und starkes strukturelles Element. Diese Schlussfolgerung gilt insbesondere für das ungarisch-serbische und rumänisch-serbische Verhältnis, da es hier »weder historische Stereotype oder Vorurteile, noch Probleme der Glaubwürdigkeit oder des Vertrauens gibt«.<sup>188</sup> Gemeinsame Schwächen sind das geringe ökonomische Niveau und die mangelhafte Infrastruktur sowie die knappen eigenen Finanzmittel, während die Chancen vor allem in einer Vertiefung der institutionalisierten Kooperation liegen. Die DKMT als administrative Form der Zusammenarbeit ist vor allem für Mittelzuweisungen durch europäische Fonds notwendig, während die Intensivierung der praktischen Umsetzung der Fördermaßnahmen und der rationellen und synergetischen Mittelverwendung dienen muss. Die Risiken der Zusammenarbeit liegen noch immer im unterschiedlichen ökonomischen Stand der drei Staaten, dem hohen Bürokratisierungsgrad und der noch immer unzureichenden Dezentralisierung.

Insgesamt betrachtet blieb die realpolitische Wirksamkeit der Euroregion in den ersten Jahren weit hinter ihren Möglichkeiten zurück, und es wurde versäumt, der grenzüberschreitenden Kooperation die nötige Öff-

---

<sup>186</sup> *Cross Border Co-Operation in the Balkan-Danube Area*. Die Analyse bezieht sich auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit selbst und nicht auf ihre institutionalisierte Form. Auf dieser Grundlage können die Entwicklungsmöglichkeiten der DKMT abgeschätzt werden.

<sup>187</sup> Vgl. ebenda, 126-127, 132, 147-148.

<sup>188</sup> Ebenda, 132, 147.

fentlichkeit zu schaffen. Erst mit den inneren Reformen und der Ausweitung der externen finanziellen Hilfen und Projektfördermittel auf alle drei Staaten steigerte sich der Grad der grenzüberschreitenden Aktivitäten vor allem in kulturellen, wissenschaftlichen und medialen Bereichen. Ökonomie, Infrastruktur und Kommunikation blieben auch danach vom Kooperationsprozess weitgehend ausgeklammert. Die verbesserte öffentliche Selbstdarstellung und die Aktivitäten im nichtwirtschaftlichen Sektor führten dazu, dass die Euroregion heute in der Gesellschaft präsenter ist, als sie es in den ersten Jahren nach ihrer Gründung war. Dies kann sich zukünftig auf die allgemeine Kooperation positiv auswirken. Die Stärken und Chancen der regionalen Zusammenarbeit übertreffen insgesamt die Risiken und Schwächen, so dass eine Intensivierung für alle Seiten einen Gewinn brächte. Insofern kann die Bedeutung der DKMT für den Raum trotz bisheriger Hindernisse als hoch eingeschätzt werden.

## Bibliographie

### Quellen

Abl = *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften/Europäischen Union*.

<http://eur-lex.europa.eu/JOIndex.do?ihmlang=de>.

*Agenda 2000*. Stellungnahme der Kommission zum Antrag Rumäniens auf Beitritt zur Europäischen Union. DOC/97/18. Brüssel, 15. Juni 1997, 112-113.

*Annual Report to the European Parliament and the Council*. January to December 2005. European Agency for Reconstruction. Thessaloniki, 12. Juni 2006.

*Beschluß* = Beschluß des Rates vom 17. Juli 2000 über den Beitrag der Gemeinschaft zum Internationalen Fonds für die „Wiederschiffbarmachung der Donau“. 2000/474/EG. In: ABl, L 187, 26. Juli 2000, 45-46.

*Comunicat de presă*. Consiliul Judeţean Timiş.

[http://www.cjtimis.ro/comunicate\\_presa.php](http://www.cjtimis.ro/comunicate_presa.php) (29. Juli 2008).

*Cross-Border Co-Operation Programme Hungary-Romania and Hungary-Serbia & Montenegro*. Interreg IIIA/Phare CBC Programme Hungary-Romania and Neighbourhood Programme Hungary-Serbia & Montenegro. 15. June 2004.

<http://www.interreghrs.com> (29. Juli 2008).

EG C(2002) 3303-1. Mitteilung an die Kommission über die Beendigung von PHARE in den Beitrittsländern, die Überprüfung der PHARE-Leitlinien und die Änderung der Verordnung Nr. 2760/98 der Kommission über die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen von PHARE. Kommission der Europäischen Gemeinschaften C(2002) 3303-1.

EG 2000/C 143/08. Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 28. April 2000 über die Leitlinien für eine Gemeinschaftsinitiative betreffend die transeuropäische Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung des europäischen Raums – Interreg III. In: ABl, EG 2000/C 143/08, 6-29.

EG 2002/C 325. Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften. In: ABl, C 325, 24. Dezember 2002, 33-184.

- EG Nr. 1059/2003. Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS). In: ABl, L 154, 21. Juni 2003, 1-4.
- EG Nr. 1628/94. PHARE-CBC: PHARE Cross-border cooperation. Verordnung der Kommission vom 4. Juli 1994 über die Durchführung eines Programms über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Ländern in Mittel- und Osteuropa und Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rahmen der Aktion PHARE. In: ABl, L 171, 6. Juli 1994, 14-16.
- EG Nr. 1655/1999. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 1999 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2236/95 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netz. In: ABl, L 197, 29. Juli 1999, 1-7.
- EG Nr. 1822/2003. Verordnung der Kommission vom 16. Oktober 2003 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2760/98 über die Durchführung eines Programms für grenzübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des Phare-Programms, Art. 2, Abs. 1. In: ABl, L 267, 17. Oktober 2003, 9.
- EG Nr. 2236/95. Verordnung des Rates vom 18. September 1995 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze. In: ABl, L 228, 23. September 1995, 1-7.
- EG Nr. 2500/2001. Verordnung des Rates vom 17. Dezember 2001 über die finanzielle Heranführungshilfe für die Türkei und zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 3906/89, (EG) Nr. 1267/1999, (EG) Nr. 1268/1999 und (EG) Nr. 555/2000. In: ABl, L 285, 23. Oktober 2002, 26.
- EG Nr. 2760/98. Verordnung der Kommission vom 18. November 1998 über die Durchführung eines Programms für grenzübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des PHARE-Programms. In: ABl, L 345, 19. Dezember 1998, 49-52.
- Erklärung zum Regionalismus in Europa.* Versammlung der Regionen Europas (VRE), zusammengetreten am 4. Dezember 1996 in Basel. Hg. Versammlung der Regionen Europas. Strasbourg 1996.
- Europäische Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen.* Hg. Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG). Gronau 1981, geänderte Fassungen von 1995 und 2004.
- Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen.* In: 50 Jahre Europarat. Der Beitrag des Europarats zum Regionalismus. Hg. Rudolf Streinz. Bayreuth 2000, 148-169.
- European Charter of Border and Cross-Border Regions.* Worked out by Association of European Border Regions, EUREGIO Germany/Netherlands, 11. November 1981, modifiziert am 1. Dezember 1995, Szczecin, Euroregion Pommerania, Germany/Poland.
- EWG Nr. 2698/90. Verordnung des Rates vom 17. September 1990 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 zwecks Ausdehnung der Wirtschaftshilfe auf andere Länder in Mittel- und Osteuropa. In: ABl, L 257, 21. September 1990, 1-2.
- EWG Nr. 3906/89. Verordnung des Rates vom 18. Dezember 1989 über Wirtschaftshilfe für die Republik Ungarn und die Volksrepublik Polen. In: ABl, L 375, 23. Dezember 1989, 11-12.
- Formation of Thematic Tourist Route Groups in DKMT Euroregion.* European Agency for Reconstruction. Contract No. 04SER01/11/065.  
<http://www.ear.eu.int/agency/28-ContractListWeb/ser/ser.htm> (29. Juli 2008).

- Hanigovszki Norbert – Nicolaescu Dan: DKMT Euro-region: a Framework for Regional Stability and Interethnic Tolerance. Confidence Building Measures Programme. Council of Europe CBM(2000)47.
- Jegyzőkönyv a Duna – Maros – Tisza Regionális Együttműködésről. <http://www.dkmt.hu> (30. August 2006).
- Lege nr. 24 din 12 aprilie 1996 pentru modificarea și completarea legii administrației publice locale nr. 69/1991. In: Monitorul Oficial, 13. April 1996, Nr. 76.
- Lege nr. 69 din 26 noiembrie 1991. Legea administrației publice locale. In: Monitorul Oficial, 28. November 1991, Nr. 238.
- Lege nr. 151 din 15 iulie 1998 privind dezvoltarea regională în România. In: Monitorul Oficial, 16. Juli 1998, Nr. 265.
- PAN-EUROSTAR. Pan-European Transport Corridors and Areas Status Report. Final Report. Developments and Activities between 1994 and 2003 / Forecast until 210. Europäische Kommission [http://ec.europa.eu/ten/transport/documentation/doc/2005\\_11\\_24/2005\\_report\\_paneurostar\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/ten/transport/documentation/doc/2005_11_24/2005_report_paneurostar_en.pdf) (29. Juli 2008).
- Stability Pact Project Package for Donor Partnership. Regional Funding Conference for South Eastern Europe. Brussels, 29-30 March 2000. Hg. Soros Foundations Network/Open Society Institute. <http://www.osi.hu/sppp/> (29. Juli 2008), Abschnitt Media (WT1).
- TEN-STAC: Scenarios, Traffic Forecasts and Analysis of Corridors on the Trans-European Network. D6 Traffic, bottlenecks and environmental analysis on 25 corridors. Part I-II. [http://ec.europa.eu/ten/transport/documentation/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/ten/transport/documentation/index_en.htm) (29. Juli 2008).
- The Danube as European Lifeline. Final Document of the Second Ministerial Conference of the Danube Co-Operation Process. Bucharest, 14<sup>th</sup> of July 2004. <http://www.stabilitypact.org/wt2/041117-skopje-index.asp> (29. Juli 2008).
- Törvény = 1996. évi XXI. törvény a területfejlesztésről és a területrendezésről. [http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy\\_doc.cgi?docid=99600021.TV](http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=99600021.TV) (20. April 2009).
- Towards a River Basin Management Plan for the Tisza river supporting sustainable development of the region. Memorandum of Understanding. Hg. International Commission for the Protection of the Danube River. Wien, 13. Dezember 2004.
- Transeuropäisches Verkehrsnetz – TEN-V – vorrangige Achsen und Projekte 2005. Hg. Europäische Kommission. Luxemburg 2005.
- Transport Infrastructure Development in Hungary. Hg. Ministry of Economy and Transport. Budapest 2006.
- Treaty between the Republic of Hungary and Romania on Understanding, Cooperation and Good Neighbourhood. Ungarisches Institut München: <http://www.forost.ungarisches-institut.de/pdf/19960916-1.pdf> (29. Juli 2008).

### Fachliteratur

- A DKMT Eurorégió új hírszolgáltatása. In: Romániai Magyar Szó, 16. November 2004.
- Akcionni plan politike za mlade u Vojvodini. Pokrajinski sekretarijat za sport i omladinu u partnerstvu sa Omladinskim savetom Vojvodine. März 2005 [Übersetzung: Agnieszka Barszczewska].

- Aktionsprogramm zur Umsetzung der Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen.* Hg. Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG). Gronau 2004.
- Baranyi Béla:* Hungarian-Romanian and Hungarian-Ukrainian Border Regions as Areas of Co-operation along the External Borders of Europe. Pécs 2005.
- Baranyi Béla – Balcsók István – Dancs László:* Hungarian-Romanian and Hungarian-Ukrainian Bilateral Cross-border Relations in the Period of Transition. In: Hungarian Spaces and Places: Patterns of Transition. Hgg. Györgyi Barta [u. a.]. Pécs 2005, 526-543.
- Batt Judy:* Transcarpathia: Peripheral Region at the „Centre Of Europe”. In: Sussex European Institute Working Papers 2001/27.
- Batt Judy:* Reinventing Banat. In: Regional and Federal Studies 12 (2002) 2, 178-202.
- Batt Judy:* The EU's New Borderlands. Center for European Reform working paper. October 2003.
- Beck Joachim:* Netzwerke in der transnationalen Regionalpolitik. Baden-Baden 1997.
- Bieber Florian:* Minderheitenschutz in Serbien nach Miloševićs Sturz. In: Südosteuropa 52 (2003) 1-3, 50-65.
- Branea Dorian:* Cine se aseamănă se adună. In: Orizont 2001/11, 12-13.
- Branea Dorian:* Seven Barren Years? Some Conclusions Referring to the Cross-border Cooperation between Romania, Hungary and Serbia-Montenegro. In: Șapte ani în DKMT. Rolul organizațiilor neguvernamentale în cooperarea transfrontalieră / Seven Years in DKMT. The role of NGO's on cross-border cooperation. Hg. Free Minds Association. Timișoara 2003, 88-91 [Abschlußbericht des Europarat-Programms „Confidence Building Measures“, CBM(2003)24].
- Breuer Claudia:* Europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit – Konsens oder Konflikt? Das Beispiel EUREGIO. Bochum 2001.
- Brujan Lucian-Boian:* Inklusions- und Exklusionsprozesse im Länderdreieck Rumänien – Serbien – Ungarn. Zu Rolle und Auswirkungen zwischenstaatlicher Grenzen einer grenzüberschreitenden Region. In: Integration und Ausgrenzung im Osten Europas. Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Arbeitspapiere und Materialien Nr. 70. Bremen 2005, 87-91.
- Brusis Martin:* Die Vojvodina in der aktuellen Politik und Verfassungsordnung Serbiens. In: Südosteuropa 53 (2005) 4, 573-586.
- Bursig Beatrix:* Die Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Frankfurt am Main [u. a.] 1991.
- Burt Ronald S.:* Structural Holes and Good Ideas. In: American Journal of Sociology 110 (2004) 2, 349-399.
- Calic Marie-Janine:* Der Stabilitätspakt für Südosteuropa. Eine erste Bilanz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B13-14 (2001) 9-16.
- Cernicova Mariana:* Empowering citizens – still a distant goal for Romania. In: Citizens' Participation in Local Self-Government. Experiences in South-East European Countries. Hg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Zagreb 2001, 76-85.
- Cernicova Mariana:* The Euroregion Danube-Kris-Mures-Tisa (DKMT): Wishes and Achievements. In: The Interreg Model. Practical Experience in Cross Border Co-Operation. Zagreb 2001, 25-28.

- Cernicova Mariana*: Partnership for Development as an Instrument of Fostering Economic Growth. A Case Study of the Partnership for Restoring Navigation on the Bega Channel. In: Economic Development on the Local and regional Level. Initiatives in South-East Europe. Zagreb 2003, 56-59.
- Citizen Participation and Accountability*. Report on Cross-border Cooperation in The Danube-Kris-Mures-Tisza Euroregion. Hg. Dorian Branea. [o. O.] April-September 2001.
- Convenție euroregională*. In: Agenda, Săptămânal de informații și divertisment Nr. 11, 12. März 2005.
- Cross Border Co-Operation in the Balkan-Danube Area*. An analysis of Strengths, Weaknesses, Opportunities and Threats. Hg. Instituto di Sociologia Internazionale di Gorizia, Council of Europe. Gorizia 2002.
- Deică Petre*: Is Danube-Tisza-Mureș a New Type of Cross-Border Region? In: Proceedings of the Regional Conference of Geography „Danube-Cris-Mures-Tisa Euroregion – Geoeconomical Space of Sustainable Development”. Timișoara [u. a.] 1999, 15-20.
- Dieringer Jürgen*: Demokratisierung, Ökonomisierung und Europäisierung: Dezentralisierungsprozesse in Ostmitteleuropa. In: Südosteuropa 53 (2005) 4, 483-499.
- Dieringer Jürgen – Moisa Ionel-Sorin*: Öffentliche Verwaltung versus Regionalpolitik? Die Europäisierung der Regionalstruktur Ungarns und Rumäniens. In: Südosteuropa 50 (2001) 10-12, 537-560.
- Dobre Ana Maria*: The Dynamics of Europeanisation, Regionalisation and Regionalism. In: Südosteuropa 53 (2005) 4, 540-556.
- Downs William M.*: Regionalism in the European Union: Key Concepts and Projekt Overview. In: European Integration 24 (2002) 3, 171-177.
- „*Europaregionen*“. Herausforderungen, Ziele, Kooperationsformen. Hg. Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz. Wien 2005.
- Fischer Carola*: Die Entwicklung der Regionalpolitik der Europäischen Union. Eine Erklärung anhand eines bürokratiethoretischen Ansatzes. Berlin 1998.
- Five Years of Stability Pact*. Regional Cooperation in Southeast Europe. Sonderband Südosteuropa Mitteilungen 44 (2004) 4.
- Förster Horst*: Transformation und Regionalentwicklungsprozesse in Ostmittel- und Südosteuropa. In: Standortpolitik und Regionalisierung in Europa. Probleme, Kompetenzen, Lösungen. Hgg. Otto Kretschmer, Rudolf Hrbek. Baden-Baden 1999, 85-106.
- Förster Horst*: Aktuelle Probleme geographischer Regionalforschung in Südosteuropa. In: Südosteuropa Mitteilungen 46 (2006) 1, 31-39.
- Gabbe Jens*: Governance an Cross-Border Co-operation [Vortrag anlässlich der RFO Jahreskonferenz in Joensuu, Nordkarelien, Finnland, März 2005. Typoskript]. <http://www.aebr.net/publikationen/pdfs/governancevortragjoensuu.de.pdf> (29. Juli 2008).
- Genosko Joachim*: Regionale Netzwerke. Eine kritische Bestandsaufnahme. Ingolstadt 2000.
- Ghinea Anca*: Establishing Regions in Romania – a New Challenge. In: Decentralizing Government. Problems and Reforms Prospects in South-East Europe. Hg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Zagreb 2002, 25-42.
- Glass Hildrun*: Banat, Batschka, Syrmien/Wojwodina. In: Studienhandbuch Östliches Europa. I: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas. Hg. Harald Roth. Köln [u. a.] 1999, 109-112.

- Göllner Ralf Thomas: Die Europapolitik Ungarns von 1990 bis 1994. Westintegration, mitteleuropäische regionale Kooperation und Minderheitenfrage. München 2001.
- Granovetter Mark: The Strength of Weak Ties: A Network Theory Revisited. In: *Sociological Theory* 1 (1983) 201-233.
- Hettne Björn: The Europeanisation of Europe: Endogenous and Exogenous Dimensions. In: *European Integration* 24 (2002) 4, 325-340.
- Hunya Gábor – Telegdy Álmos: Hungarian-Romanian Cross-Border Economic Co-Operation. In: *Revue Région et Développement* 2003/18, 13-30.
- Iara Anna: Die Euroregion Donau-Kreisch-Marosch-Theiß. Grenzüberschreitende Regionsbildung aus Sicht der regionalen Eliten. In: *Ungarn-Jahrbuch* 27 (2004) 153-208.
- Illés Iván: Borders and Cross-border Co-operation in the Countries of Central and South-Eastern Europe. In: *Südosteuropa* 51 (2002) 4-6, 289-302.
- Ivan Michaela – Kiss Csilla – Novak Adam: Romania as an emerging actor in International Development Cooperation. *Dialog Country Report* June 2005.
- Jordan Peter: Entwicklungstrends ländlicher Räume in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. In: *Regionen im östlichen Europa. Kontinuitäten, Zäsuren und Perspektiven*. Hgg. Horst Fassel, Christoph Waack. Tübingen 2000, 37-56.
- Kelemen András: New Hungarian Foreign Policy. In: *The Hungarian Observer* 6 (1993) 4.
- Kostovicova Denisa – Basic Natalija: Conference Report: Transnationalism in the Balkans. The Emergence, Nature and Impact of Cross-national Linkages on an Enlarged and Enlarging Europe, 26-27 November 2004. In: *Contemporary European History* 14 (2005) 4, 583-590.
- Kulcsár László: Stratégiai terv. A Duna-Körös-Maros-Tisza regionális együttműködés számára. Budapest 2000.
- Mädling Heinrich: Perspektiven für ein Europa der Regionen. In: *Standort. Zeitschrift für angewandte Geographie* 1999/1, 5-11.
- Neumann Victor: Multicultural Identities in a Europe of the Regions. The Case of Banat County. In: *European Journal of Intercultural Studies* 8 (1997) 1, 19-35.
- Neuss Beate: Chancen der Zusammenarbeit in Mitteleuropa. In: *Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa*. Hgg. Beate Neuss [u. a.]. Tübingen 1998, 144-161.
- Nizak Peter: Role of NGO's in the Local Decision-Making Processes. Example of Hungary. In: *Citizens' Participation in Local Self-Government. Experiences in South-East European Countries*. Hg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Zagreb 2001, 25-39.
- O'Dowd Liam: The Changing Significance of European Borders. In: *Regional and Federal Studies* 12 (2002) 4, 13-36.
- Perkmann Markus: Euroregions: Institutional Entrepreneurship in the European Union. In: *Globalization, Regionalization and Cross-Border Regions*. Hgg. Markus Perkmann, Ngai-Ling Sum. Houndmills/Basingstoke 2002, 103-124.
- Perkmann Markus – Sum Ngai-Ling: Globalization, Regionalization and Cross-Border Regions: Scales, Discourses and Governance. In: *Globalization, Regionalization and Cross-Border Regions*. Hgg. Markus Perkmann, Ngai-Ling Sum. Houndmills/Basingstoke 2002, 3-21.
- Petsinis Vassilis: Cross-Border Cooperation in South-eastern Europe as Prelude to European Integration: The Case of Serbia. In: *Perspectives* 2 (2004) 2, 1-24.

- Pieper Karin*: Die Europäisierung der Regionalpolitik in Ungarn und Polen. Zur Umsetzung regionaler PHARE-Programme. In: Die Transformation nationaler Politik. Europäisierungsprozesse in Mitteleuropa. Hgg. Cyrus Salimi-Asl [u. a.]. Berlin 2005, 223-240.
- Praktisches Handbuch zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit*. Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG). Gronau 2000.
- Puşcaş Vasile*: Cross-border Cooperation in the Balkan-Danube Area (2002-2005) – Romania, Bulgaria, Hungary, Moldova, Serbia and Montenegro. Report. Council of Europe Conference „Rethinking Cross-Border Cooperation in the Balkan-Danube Area”. Sofia, 29-30. September 2005.
- Ragovac Dragana*: A nagy veszteségről. Ismét hajózható lesz a Duna teljes hosszán. In: Eurógió 2000/6, 12-14.
- Rechnitzer János*: Cross-Border Co-operations in Hungary in the 1990s. In: Transformations in Hungary. Hgg. Peter Meusburger, Heike Jöns. Heidelberg 2001, 355-382.
- Rieser Hans-Heinrich*: Das rumänische Banat – eine multikulturelle Region im Umbruch. Stuttgart 2001.
- Romus Paul*: Zur Bestimmung des Begriffs Region. In: Raumforschung und Raumordnung 22 (1964) 3-4, 234-239.
- Schack Michael*: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an der deutsch-niederländischen Grenze. Aabenraa 1997.
- Schmitt-Egner Peter*: The Concept of „Region”: Theoretical and Methodological Notes in Its Reconstruction. In: European Integration 24 (2002) 3, 179-200.
- Soós Edit – Fejes Zsuzsanna*: (Euro)regionális identitás, avagy a határ menti együttműködés lehetőségei a Dél-Alföld régióban. In: Comitatus 15 (2005) 4, 32-46.
- Szakács László*: Vasúttak a régi Bánátban. A személy- és teherforgalom behálózta a térséget. In: Eurógió 2001/7, 30-31.
- The Role of Euroregions in Transfrontier Co-operation*. Three Case Studies: Slovakia, Lithuania, South Eastern Europe. Hg. Council of Europe, Directorate of Co-operation for Local and Regional Democracy Directorate General I – Legal Affairs. Transfront 2006/2.
- The Status Quo Of Trans-European Co-operation Between Territorial Authorities And Future Steps That Contribute to Realise A New Model of European Governance*. Hg. Association of European Border Regions (AEBR). Gronau, August 2001.
- Tanács István*: Az Orient Expressz útján. Megújul-e a vasút Szeged és Temesvár között? In: Eurógió 2001/7, 26-29.
- Tanács István*: Zsilip a Bégán. 1981-ben elment az utolsó hajó – lesz-e folytatás? In: Eurógió 2001/7, 36-38.
- Transcarpathia – Bridgehead or Periphery?* Hgg. Peter Jordan, Mladen Klemenčić. Frankfurt am Main 2004.
- Tráser Ferenc*: The Logistical Opportunities of Szeged. In: Knowledge transfer, small and medium-sized enterprises and regional development in Hungary. Hg. Imre Lengyel. Szeged 2003, 180-192.
- Zellner Wolfgang – Dunay Pál*: Ungarns Außenpolitik 1990-1997. Zwischen Westintegration, Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik. Baden-Baden 1998.
- Ziar virtual*. In: Agenda. Săptămâna de informații și divertisment Nr. 5, 31. Januar 2004.